



This activity is funded by the German
Government within its contribution to the
Stability Pact for South Eastern Europe

© Friedrich-Ebert-Stiftung

InterGraf - Verlag

ISBN: 973-97258-3-41

Erschienen: November 2002

Auflage: 300 Exemplare

Druck: SC InterGraf SRL Reșița
Tel./Fax: 0255/211300
REȘIȚA - ROMÂNIA

**FRIEDRICH
EBERT**
STIFTUNG

The Roma Population in South Eastern Europe

A 03 - 01993



Inhaltsverzeichnis

Foreword	7
Einleitung	9
Ilir Gedeshi Roma in Albania	15
Brigitte Mihok Länderbericht Bosnien-Herzegowina	25
Stojan Zenov / Maria Simeonova Länderbericht Bulgarien	45
Mirjana Radakovic Romanies in Croatia	55
Goran Bašić The Roma in Yugoslavia	67
Mirjana Najcevska Roma in Macedonia	81
Brigitte Mihok Länderbericht Rumänien	93
Imre Furmann / Brigitte Mihok Länderbericht Ungarn	109

Foreword

Integration versus manifestation

Within its regional project *Conflict prevention and integration politics – Promoting multiethnic coexistence*, Friedrich Ebert Foundation began, in 2000, collecting material in order to edit a handbook in the German language "Verdammt zur Marginalität? Die Roma in Rumänien" ("Doomed to marginalization? The Roma in Romania"). This handbook came out of print in April 2001.

By consent with the regional offices of FES in South-Eastern Europe, in spring 2001 a catalogue of questions was drafted. It was distributed to the offices and, after several reviews, on the basis of 8 questions, the present handbook was prepared, ready for print in English and German in summer 2002.

In order to better understand the handbook, here are the questions:

- 1.- How large is the Roma population and what percentage does it represent out of the total population of the country?
- 2.- What is the percentage of national and ethnic minorities out of the total population of the country?
- 3.- Is there a law regarding minorities' protection, respectively – provisions to punish ethnic and/or racist discrimination?
- 4.- What is the nature of the main problems regarding Roma:
 - social-economic
 - cultural - educational
 - political (e.g. migration)

5.- Are there special programs for the socio-political integration of Roma?

6.- Are Roma / Roma organizations represented in:

- Parliament
- Government
- local administration

7.- How are Roma problems presented in mass-media ?

8.- Are there other "problem minorities" and what are the reasons for the existing tensions?

Bucuresti, August 2002

Elke Sabiel
FES-România

Einleitung

Etwa vier Millionen Roma leben in den südosteuropäischen Staaten. Genaue Aussagen über die wirkliche Anzahl in den einzelnen Ländern sind schwer zu treffen, da die Ergebnisse von Volkszählungen nicht die tatsächliche Bevölkerungsgröße widerspiegeln. Die Schätzungen aus den einzelnen Staaten zeigen folgendes Bild:

Albanien	80.000
Bosnien-Herzegowina	40.000
Bulgarien	600.000
Jugoslawien	500.000
Kroatien	40.000
Mazedonien	100.000
Montenegro	25.000
Rumänien	1.500.000
Ungarn	500.000

(STAND: 2001)

Die Roma in allen Ländern verbindet ihre marginale gesellschaftliche Stellung, ihre Rechtlosigkeit in vielen Bereichen und die ihnen fehlenden Perspektiven. In der Vergangenheit erlangten sie weder Anerkennung noch Gleichberechtigung. Der gegenwärtige Nationalismus verschärft zudem ihre gesellschaftliche Situation, womit auch eine forcierte Ausschließung aus der Gesellschaft verbunden ist.

Bei den länderübergreifenden negativen Übereinstimmungen in der sozio-ökonomischen Stellung der Roma dürfen aber folgende Kriterien nicht übersehen werden:

(a) Die historischen und regionalen Prägungen im Zusammenleben der ethnischen und nationalen Minderheiten weisen in den einzelnen Ländern enorme Abweichungen auf.

(b) Die Bemühungen der Zivilgesellschaft im Umgang mit der Situation der Roma variieren von Land zu Land.

(c) Die Roma stellen in den einzelnen südosteuropäischen Staaten keine homogene Gruppe dar. Sie sind sozial und wirtschaftlich stark polarisiert, sie unterscheiden sich nach regionalen, sprachlichen und religiösen Kriterien und zwischen den einzelnen Gruppen existieren zum Teil erhebliche Differenzen und Widersprüche. Auffallend ist, dass bei zahlreichen Beobachtungen u.a. die integrierten Romagruppen und die etablierten traditionellen Gemeinschaften aus dem Blickwinkel geraten. Die letztgenannten Gemeinschaften haben sich beispielsweise seit 1990 ökonomisch integriert, indem sie sich wirtschaftliche Alternativen geschaffen und neue Marktlücken entdeckt haben. Außergewöhnliches Verhandlungsgeschick, gute Marktkennntnisse, sowie das Vorhandensein eines weitreichenden Beziehungsnetzes erleichterten ihre erfolgreiche Einbindung in den Handelsbereich. Parallel zur Festigung ihrer ökonomischen Position (als angesehene Händler und geschätzte Handwerker) läßt sich nach außen hin eine verstärkte Anpassung an die Lebensform der Mittelschicht erkennen: Die Familien legen besonders viel Wert auf die Lebens- und Wohnqualität und bestehen darauf, daß ihre Kinder den Kindergarten und die Schule besuchen.

In diesem Zusammenhang ist festzuhalten, dass sich die meisten Länderberichte bei der Beurteilung der sozio-ökonomischen Lage der Roma nur auf diejenige Gruppe beziehen, die der unterprivilegierten sozialen Schicht zugehört. Diese Romagruppe ist in allen südosteuropäischen Ländern überproportional von der

Arbeitslosigkeit betroffen. Gründe hierfür sind nicht nur latent rassistische Einstellungen auf Arbeitgeberseite, sondern auch das schlechte Bildungs- und berufliche Ausbildungsniveau der Roma selbst. Zum Teil ist diese Situation Ergebnis einer verfehlten Integrations- und Beschäftigungspolitik der früheren sozialistischen Regierungen (1945-1989). Die Integrationsbemühungen beschränkten sich damals auf den Arbeitsmarkt, hierbei vor allem auf die untersten Stufen der Beschäftigungshierarchie: Ende der 80er Jahre bildete der Großteil der Roma die dringend gebrauchte Hilfsarbeitermasse und gehörte zur unterprivilegierten sozialen Schicht. Eine gesellschaftliche Integration fand allerdings nicht statt, da Regierungsmaßnahmen im Bildungs- und Wohnungsbereich auf den unteren, lokalen Ebenen oft behindert oder überhaupt nicht ausgeführt wurden.

Die als Hilfsarbeiter oder unqualifizierte Arbeitskräfte tätigen Roma waren im Zuge der ökonomischen Umstrukturierung die ersten, die ihre Arbeitsplätze verloren und die Arbeitslosenquote in ihren Reihen stieg rapide an. Einerseits haben die seit 1990 arbeitslos gewordenen Hilfs- und Aushilfsarbeiter nur sehr geringe Chancen sich in den wandelnden Arbeitsmarkt zu integrieren, andererseits können sie auf keine ausreichende Sozial- oder Arbeitslosenunterstützung zurückgreifen und haben in vielen Fällen keinen Zugang zum Bildungs- und Gesundheitssystem. Diese zwei Kriterien scheinen den weiteren sozialen Abstieg für einen Teil der Roma vorzuzeichnen und die Marginalisierung zu verstärken.

Da die Roma über kein „Mutterland“ verfügen, erhält in ihrem Fall die Unterstützung durch internationale Organisationen eine besondere Bedeutung: Diese Organisationen (Europarat, EU-Kommission, UNO und NGOs) können auf die Situation der Roma aufmerksam machen und für ihre Belange in den einzelnen Gremien auftreten sowie zur Verbesserung ihrer Situation Druck auf die Regierungen ausüben und spezifische Regelungen oder

Empfehlungen in internationale Abkommen einfließen lassen. Diese positive Rückendeckung entbindet jedoch die Roma Organisationen nicht davon, für ihre landesspezifischen Probleme eigene Lösungswege zu finden. Hierzu gesellt sich vor allem die Notwendigkeit eines Zusammenschlusses der Organisationen bzw. eines koordinierten Handelns, aber auch die Solidarisierung anderer politischer Parteien, die im Parlament offen für das Anliegen der Roma Stellung nehmen und in ihren Programmen Lösungsstrategien einbeziehen müßten.

Der regierungsamtlich verfolgten Politik kommt insofern eine besondere Bedeutung zu, da sie Zeichen setzen und für Toleranz und Verständigung plädieren könnte: Sie müßte in der Öffentlichkeit gegen jegliche Form von Diskriminierung auftreten und rassistisch motivierte Gewalttaten ausdrücklich verurteilen, sowie Antidiskriminierungs- und Minderheitengesetze verabschieden und implementieren.¹ Neben diesen formalen rechtlichen Rahmenbedingungen sind, wie bereits erwähnt, dringend mittel- und langfristige Maßnahmen notwendig, die vor allem die katastrophale Bildungs- und Ausbildungssituation der Roma mildern bzw. beheben könnten.

Wie aus den Länderberichten ersichtlich wird, ist die politische Marginalisierung der Roma behoben. Als wesentlich schwieriger erweist sich die Milderung ihrer sozio-ökonomischen Marginalisierung. Wenn die politischen Kräfte weiterhin dieses Phänomen ignorieren, verdrängen und keinerlei Lösungsstrategien anstreben, ist mit sozio-ethnischen Konflikten zu rechnen, deren Auswirkungen gesamtgesellschaftliche Folgen haben werden.

Die meisten südosteuropäischen Regierungen haben inzwischen eine Reihe von internationalen Abkommen zum Schutz der Min-

derheiten verabschiedet, die zwar noch Implementierungsmängel aufweisen, aber immerhin festgeschrieben sind. Das größte Dilemma scheint indes zu sein, dass gegen die zunehmende soziale Ausgrenzung keine Maßnahmen ergriffen werden und dass bildungs- und arbeitsmarktpolitische Strategien nur zögerlich Anklang finden. Die Länderberichte zeigen einen dringenden Handlungsbedarf in folgenden Bereichen auf:

(a) Ein Teil der Roma ist wegen fehlender Identitätspapiere, Geburtsurkunden, Anmeldebestätigungen oder Arbeitsbescheinigungen von der sozialen Absicherung (Sozialhilfe, Arbeitslosenhilfe, Kindergeld) und der Gesundheitsversorgung ausgeschlossen: Albanien, Bosnien-Herzegowina, Bulgarien, Kroatien, Mazedonien und Rumänien.

(b) Fehlende Kontrollmöglichkeiten bei der Umsetzung der Sozialhilfegesetze, die dazu führen, dass eine mehr oder minder von den Kommunen selbstbestimmte Vergabe der sozialen Unterstützung erfolgt: Bulgarien und Rumänien.

(c) Wegen finanzieller Engpässe verweigern einige Kommunen die Auszahlung der Sozialhilfe, obwohl sie vom Gesetz her dazu verpflichtet wären: Rumänien.

(d) Die ungeklärte Staatsangehörigkeitsfrage: Kroatien und Mazedonien.

(e) Die segregative Bildungssituation (hierbei vor allem die zunehmende Einweisung der Romakinder in „Sonderschulen für geistig-behinderte Kinder“ oder die Gründung „homogener Romaklassen“) wird nicht in Frage gestellt, was zur Folge hat, dass keine Strategien zu deren Überwindung erarbeitet werden: Bulgarien, Jugoslawien, Rumänien und Ungarn.

(f) Die negative Medienberichterstattung: Albanien, Bulgarien, Jugoslawien, Rumänien und Ungarn.

¹ Lediglich in Ungarn wurde 1993 ein Minderheitengesetz verabschiedet.

Ilir Gedeshi

Roma in Albania²

With hundreds of years of history in Albania, the Roma are an ethnic group spread all over the country. As a result of their low level of education, narrow occupational base and discrimination, they are arguably the most stricken group of the Albanian post-socialist transition. Their impoverishment is reflected in their high rates of unemployment, deplorable living conditions and marginalisation.

1. Minorities in Albania

Albania is home to minority populations of Greeks, Macedonians, Vlachs, Montenegrin Serbs, Jevgjit and Roma. The Albanian census in 1989 found the minority population comprised about two percent of the population or about 60,000 people.³ However, there was no category for Roma or Jevgjit since the official statistics from the socialist period did not classify either as distinct ethnic groups and their numbers were added to the general Albanian population. Other estimates of the Roma population vary radically from 10,000 to 120,000.⁴ A recent poverty assessment by the World Bank extrapolated the Roma population to be nearly 80,000.⁵ Roma leaders estimate their population is between 80,000 and 120,000.⁶

² This article is part of a research study carried out by the Center for Economic and Social Studies (CESS).

³ Statistical Yearbook of Albania, 1991.

⁴ ERRC paper.

⁵ Poverty Assessment.

⁶ According to the interviews with Gurali Meidani and Skënder Veliu, the presidents of the two Roma associations, the Roma population in Albania can be estimated at around 150,000. This figure constitutes nearly five percent of the general population.

The Roma arrived in Albania six hundred years at roughly the same time as the conquering Ottoman Turks. During Ottoman rule, most of the population, including the Roma, converted to Islam and the Ottoman policy towards Roma was generally lenient. While atrocities were inflicted on other Roma populations in Europe, the Albanian Roma passed relatively unscathed through the establishment of the modern Albanian state and the World Wars (ERRC 1997, p. 8). The socialist period, under the dictatorship of Enver Hoxha, attempted to create a uniform Albania and the Roma were systematically settled. The socialist policies effectively destroyed the strong family structures across the Albanian population, including that of the Roma. The Roma enjoyed the "cradle to grave" employment, housing and free access to social services that other citizens were granted with socialism. However, the end of socialism marked the beginning of the Roma's precipitous slide from relative well-being into abject poverty.

Throughout the centuries of discrimination and attempts at assimilation the Roma have retained their unique cultural self-identification. Their designation as an ethnic group is based on language, origin, way of life and socio-professional structure. It is essential to recognize that in Albania the generally accepted definition of Roma is divided into two distinct sub-groups: Roma and Jevgjit. Jevgjit, or Egyptians, are a historically non-nomadic ethnic group often grouped together with Roma, whose origin has caused an academic debate. There are three theories about their origin: (1) they arrived in Albania from Egypt in the fourth century as migrants; (2) they are assimilated Turks and (3) they are half-assimilated Roma. However, the Roma and Jevgjit in Albania consider themselves as separate and there is shared low opinion of the other. In general Jevgjit differ from Roma in the fact that they do not speak Romanes.

The Roma have settled in all parts of Albania with the largest numbers in Tirana, Durres, Elbasan, Pogradec, Korça, Lushnja, Berat, Fier, Vlora, Gjirokastra, Saranda, Laç, and Shkodra. The Myzeqe area was considered the historical center of the Albanian Roma because the largest fis, or family group, and its head lived there. Albania had four major fis: Meckara, Karbuxhi, Cergara (of Skodra), and Kurtofa (Kurtiade, p. 10). They each had distinct dialects, customs, and professions. Three of these fis, those that lived in towns, dealt with trade (e.g., buying and selling animals) and handicrafts (e.g., basket-making). The fourth fis was mainly settled in the area of Myzeqe and they dealt with livestock and agriculture.⁷ The leadership of the entire fis, and each of its branches, was decided among the men of the fis and, generally, the eldest active male was chosen. The head of the fis was responsible for all the problems of the community including settling disputes and punishing crimes. The once powerful and extensive fis structure began to weaken with the beginning of the socialist period and by the beginning of transition, it had practically ceased to exist. Among the Roma, the fis is now re-emerging, albeit reduced in dimension, in response to the difficulties of extreme poverty and an unreliable government.

2. The economic and social situation of the Roma

2.1. Socio-economic conditions

The Roma are severely impoverished. In fact, the World Bank assessment found that the incidence of poverty was significantly higher among the Roma population than for the other minorities or ethnic Albanians. Moreover, the other minorities were found to be better off than the ethnic Albanians. The transition from the

⁷ The Roma in Albania are some of the very few who work in, or are associated with, agriculture. Fonseca, Isabel, *Bury Me Standing: The Gypsies and Their Journey*, New York: Random House, 1996 p. 101.

socialist economy affected the economic and social conditions of the Roma more severely than other segments of the population. The Roma had roughly the same living standards as other Albanian during socialism and they were employed in the state-owned industrial and agricultural enterprises. The collapse of those enterprises resulted in mass unemployment for the Roma.⁸ Their socio-economic situation was further accelerated by the collapse of the pyramid schemes and the subsequent unrest and their descent has rapidly continued in the last five years. Recently interviewed Roma stated that they are poorer now than one year ago.⁹ Many suffer utter destitution – lacking adequate food, clothing, housing, and access to social services such as healthcare and education.

2.2. Unemployment

Traditionally the Roma in Albania worked in handicrafts (e.g., basket-making), music, horse-trading, and some agriculture. Under socialism, they were employed in the state-owned enterprises and large collective farms. After the transition, these enterprises collapsed and the Roma, with their low-skilled positions, were often the first to be let go. Since that time the Roma have survived on intermittent casual jobs, migrating to other cities or countries, social assistance, or begging.

2.3. Education

A large percentage of the Roma are illiterate and the numbers of Roma children in school are dropping. There are a number of reasons for this situation and several may be applicable to each

case. Roma parents frequently do not regard education as necessary and do not encourage their children to stay in school. Several reasons can be traced to the poverty of Roma families since children may be required to work to help the family at a young age or the family cannot afford school clothes or supplies. A significant reason is the unfamiliarity with Albanian. Roma children do not speak Albanian in the home and rarely have access to pre-school classes to teach them the basics. Roma children report being teased or made to feel inferior both for their perceived slowness in class and their appearance.

2.4. Coping mechanisms

In order to cope with their rising poverty, the Roma have resorted to several coping mechanisms. These mechanisms are identical to those used by the Albanian population as a whole.

The primary method (mentioned above in the unemployment discussion) is migration and remittances. Albania as a whole has significant migratory potential and large numbers of the Albanian population migrate to neighbouring countries or Western Europe and America. The Roma primarily migrate illegally to Greece to find seasonal work picking tomatoes or other crops. They often migrate with their entire family for several months though the trip is very risky due to the terrain and detection by the authorities. Other mechanisms are casual work, social capital, informal credit, begging, and social assistance. Roma often gather used clothing in Greece and sell it in their local markets. They also find work in construction or agriculture. The Roma have a strong network of family and neighbors on whom they can rely in times on need. A method with seems to be unique to Albania is the reliance on informal credit, familiarly called "the list." The list allows a customer to purchase goods from a store and pay when they are able.

The least used coping mechanism is social assistance because it is under-funded, unreliable, and discriminatory towards Roma.

⁸ According to Labor Office in Gjirokastra, the Roma and the Gypsies present 30% of 4,500 persons that have been registered as unemployed. According to the OSCE Office in Gjirokastra, the Roma present only the 3.4% of the population.

⁹ Interview with a shop-owner in Elbasan, Feb. 16, 2002.

3. Legal Framework

The Constitution of the Republic of Albania was adopted in 1998 and states in Article 18 that all are equal under the law regardless of race, ethnicity, language, social status, or ancestry, etc. Although not listed by name, minorities are specifically protected under Articles 3 and 20 and granted equal rights. In practice, however, it is not clear that the Constitution is enforced. There is evidence of some overt discrimination against Roma in denying them access to social or health services. However, most discrimination against Roma in Albania is through widespread belief in negative stereotypes and resultant prejudice. The European Roma Rights Center in Budapest has recorded some overt discrimination and the lack of official government resolution for those cases (ERRC 1997).

4. Special Programs

There are currently **no special government programs** targeting the Roma population. The Department for Interethnic Relations plans a national strategy for the Roma to be completed by October 2002. The Albanian government has also recently requested a rapid assessment of the Roma situation and the possible development of Roma cultural centers to promote the integration of Roma into Albanian society.

There are a number of international organizations and local NGOs that have projects for Roma. Among the most active are: Soros Foundation, UNDP, World Bank, and UNICEF. Projects for Roma usually focus on education, health and infrastructure.

5. Political Activism

Roma representation in local government is extremely rare and

completely non-existent in the national government.¹⁰

At the beginning of the transition period, the Roma organized non-political associations to advocate for Roma culture and needs. The two largest organizations are Amaro Drom (Our Path) and the Democratic Union of Albania's Roma and they have branches in the major cities of the country. Their main goal is the preservation of Roma culture, protection of the rights of the Roma community and their integration in the new democratic society. There were some attempts to organize political parties from these groups but they were not carried out because of the rules against "ethnic" parties. In general, the Roma community supports the Socialist Party and the left.¹¹

6. Media

Roma are not frequently shown on television. There are only occasional reports of crimes and coverage of special events, such as festivals.

There are no television or radio programs in the Roma language. There have been newspapers and other small publications for Roma in recent years but lack of funds have made their survival short-lived.

Implications

Widespread unemployment, high illiteracy, and declining living conditions have made the Roma the most impoverished group in Albania. Their socioeconomic level has decreased precipitously since the transition, and has led to social exclusion based on

¹⁰ According to Mr. Skender Veliu, President of Amaro Drom, there are four Roma representatives in the local government in Berat, Fier, Lushnja, and Biliisht.

¹¹ Interview with Mr. Skender Veliu, April 2002.

discrimination and racism. A man interviewed in Korça described poverty as "people do not respect me, approach me, or become friends with me."¹² The vicious cycle of parents passing down their disregard for education, and therefore, their narrow occupational base deepens their marginalization in society. Furthermore, their young marriage age and high birthrate indicate that their impoverishment will continue at an exponential rate. Given these conditions, the Albanian government, civil society, and some international organizations need to cooperate and increase their efforts with the Roma representatives to improve their situation. Several concrete steps can be taken to alleviate their extreme poverty and improve their economic and social integration while supporting their cultural and social identity. The foundation of any improvement must be the implementation of policies that promote and sustain economic growth and effective education, health, and social protection systems. Of primary importance in ensuring a sound foundation is the involvement of the Roma themselves in all proposed actions. There are indications that the Albanian government and the Roma are supportive of these goals. The Albanian government has recently requested a need and poverty assessment of the Roma situation, and Albanian Roma groups are active in preserving the integrity of the Roma culture, increasing their human rights, and facilitating the integration of Roma in the new democratic society. A plan proposed by several Albanian groups, and supported by the author of this article, is the creation of cultural centers in Roma communities to improve their economic standing and integration into society through training courses and activism. This would enable them to interact freely while protecting their cultural identity.

¹² Interview in Korça in April 2001.

Literature

- De Soto, Hermine, and Peter Gordon, Ilir Gedeshi, Zamira Sinoimeri: *A Qualitative Assessment of Poverty in 10 Areas of Albania*. World Bank, Washington, D.C., June 2001.
- ERRC (European Roma Rights Center): *No Record of the Case: Roma in Albania*. Country Reports Series No. 5, Budapest, June 1997.
- Fonseca, Isabel: *Bury Me Standing: The Gypsies and Their Journey*. New York 1996, p. 101.
- Kolsti, J.: "Albanian Gypsies: The Silent Survivors." In: Crowe and Kolsti/eds.: *The Gypsies in Eastern Europe*. Armonk, New York 1991.
- Kurtiade, M.: "Between Conviviality and Antagonism: The Ambiguous Position of the Romanies in Albania." In: *Patrin*, No. 3, 1995.
- Manoku, Yllson, Stella Zoto, and Ilir Gedeshi: "Rreth gjendjes social-ekonomike te romëve ne rrethin e Korcës." In: *Politics & Society*, Vol.4., 2001.
- Ringold Dena: *Roma and the Transition in Central and Eastern Europe. Trends and Challenges*. World Bank: Washington, DC. 2001.

Brigitte Mihok

Länderbericht Bosnien-Herzegowina¹³

Das Volkszählungsergebnis von 1991 ergab eine Gesamtbevölkerung von 4.377.033 Personen. Dabei waren nur die drei großen nationalen Gruppen (Bosniaken, Kroaten und Serben) aufgeschlüsselt, die Roma hingegen unter „Andere“ subsumiert. Schätzungen zufolge haben vor dem Krieg etwa 60.000 Roma in Bosnien-Herzegowina gelebt.¹⁴

Anhand der *Zuwanderung* lassen sich drei Romagruppen ausmachen:

- 1.) Die bosnischen Roma, die seit dem 14. Jahrhundert in Bosnien leben. Sie bilden die größte Gruppe und sind muslimischen Glaubens.
- 2.) Die Roma aus Serbien, die sich Kalderash-Roma nennen, und in der Zeitspanne 1919-1939 nach Bosnien kamen. Sie sind orthodoxen Glaubens und lebten bis zum Kriegsausbruch (1992) hauptsächlich in Banja Luka, aber auch in Sarajevo und in anderen Ortschaften. Sie sprechen einen Dialekt des Romanes, welcher rumänische Einflüsse aufweist.
- 3.) Die albanischen Roma, die seit 1981 aus dem Kosovo nach Bosnien kamen, und muslimischen Glaubens sind.

Die Roma in Bosnien-Herzegowina sind mehrheitlich Muslime, aber es gibt auch orthodoxe und katholische Roma. Die Religion

¹³ Der Beitrag ist mit freundlicher Unterstützung von Vera Jovanovic, Esad Muhibic und Branka Raguz, Mitarbeiter der Ombudsman Institution in Bosnien-Herzegowina, entstanden.

¹⁴ Council of Europe (1996) geht von 50.000 - 60.000 Roma aus; Mijs, Jeske (1996): The History of the Roma in Former Yugoslavia, in: O Drom, December 1996, verweist auf 80.000 Roma; Die Ombudsman Institution in Bosnien-Herzegowina geht von 60.000 -70.000 Roma aus (1,6-1,7 Prozent der Gesamtbevölkerung).

hat bis 1991 in der Selbstidentifizierung keine entscheidende Rolle gespielt: In ihrer eigenen Wahrnehmung wie auch in der Wahrnehmung der anderen nationalen Gruppen waren sie vorrangig „Roma“.¹⁵ Seit Kriegsende erfuhren jedoch die Bedeutung der Religion vor allem bei den Roma aus der Serbischen Republik eine Akzentverschiebung. Sie empfinden, dass sie nunmehr einer doppelten Ausgrenzung unterliegen: Einerseits weil sie Roma sind, andererseits weil sie muslimischen Glaubens sind.

1. Zur Situation der Roma vor dem Bürgerkrieg (1945-1991)

In Bosnien-Herzegowina war zum Teil eine sozialräumliche Segregation der Dörfer und Städte vorzufinden, die bis auf das 15. Jahrhundert zurückgeht: Ethnischen und religiösen Kriterien zufolge wurden die „Mahala“ (Viertel) gebildet, wobei die Romaviertel die Bezeichnung „Ciganska mahala“ erhielten.¹⁶ Die ältesten, urkundlich bekannten Romadörfer und -siedlungen sind Fojnica und Olovo (1620), Banja Luka (16. Jahrhundert - Roma-Bergarbeitersiedlung) und Vlasenica (1893). Einige dieser Dorf- und Stadtviertel blieben bis 1991 erhalten. Zwischen 1945 und 1960 entstanden im Zuge der Binnenmigration auch neue Siedlungen, sowohl Mischsiedlungen in bestimmten Stadtteilen, als auch kompakte Romasiedlungen an der Peripherie der Städte. Gegen alle bestehenden Vorurteile kann festgehalten werden, dass die Roma vor dem Krieg selbsthaft waren. Weder „Nomadismus“ noch „Heimatlosigkeit“ waren prägend für ihr Leben. Zudem weisen die bosnischen Roma ein relativ starkes Selbstbewusstsein auf, was vordergründig mit der bis 1991 zu verzeich-

nenden Aufrechterhaltung des ethnischen Gefüges und des Gruppenzusammenhaltes zu erklären ist.

Die Schul- und Ausbildungssituation¹⁷

Die Schul- und Ausbildungssituation wird von zahlreichen Faktoren geprägt und bedarf deswegen einer differenzierten Betrachtung. Hierbei ist sowohl das regionale Umfeld, als auch die Siedlungsstruktur und der Sozialstatus der Familien zu berücksichtigen:

- 1.) Diejenigen Roma, die in *kompakten homogenen Romadörfern* lebten, hatten verständlicherweise weniger gute Ausgangspositionen. In diesen Siedlungen waren keine Schulen vorhanden. Um in die nächst gelegene Schule des Nachbardorfes zu gelangen, mußten die Kinder meistens einen langen Fußweg in Kauf nehmen, was zu unregelmäßigem Schulbesuch führte. Die schlechten materiellen Verhältnisse waren wesentliche Barrieren für den geregelten Schulbesuch der Kinder. Die fehlende Möglichkeit vieler Eltern, ihre Kinder zu unterstützen und die Tatsache, dass die Kinder im Haushalt oder bei unterschiedlichen Erwerbstätigkeiten mithelfen mußten, verfestigten diese Situation.
- 2.) Eine mangelhafte Schulbildung war auch bei den verarmten Roma vorhanden, die in den *ärmlichen Vorortvierteln* lebten. Die Faktoren, die dazu beitrugen, können nur skizzenhaft dargestellt werden. (a) *Materielle Schwierigkeiten*: Zahlreichen Romafamilien war die Bedeutung der institutionellen Erziehung (Kindergarten und Schule) vor dem Hintergrund der existentiellen Nöte nicht bewußt. Die materiellen Entbehrungen waren groß, die Kinder konnten kaum der Witterung entsprechend gekleidet oder ausreichend ernährt werden. Meistens handelte es sich um Familien, die vier bis sieben Kinder unter fünfzehn Jahren hatten und in denen der Vater Alleinverdiener war. Die Einkünfte konnten weder zur Erhöhung des Lebensniveaus noch zur Beschaffung

¹⁵ Brigitte Mihok: Zurück nach Nirgendwo. Bosnische Roma-Flüchtlinge in Berlin. Berlin 2001, S.20.

¹⁶ Hammel, E. A.; Ehrlich, Robert S.; Fabijanic-Filipovic, Radmila; Halpern, Joel M.; Lord, Albert B. (Hg.): Among the people. Nativ Yugoslav Ethnography. Selected Writing of Milenko S. Filipovic. Ann Arbor 1982, S.253.

¹⁷ Mihok (2001), S.34-36.

einer annehmbaren Wohnung oder der Schulbildung der Kinder beitragen, sondern reichten gerade zum Überleben. (b) *Sprachschwierigkeiten*: Die Sprachschwierigkeiten der Romakinder sind nicht ausschließlich mit der mangelhaften Beherrschung der serbokroatischen Sprache in Zusammenhang zu bringen, sondern eher als Folge ihrer Sozialisation zu betrachten. Es ist bekannt, dass der Sprachgebrauch in den verschiedenen sozialen Schichten den Kindern unterschiedlich vermittelt wird. In der Schule wird generell die Sprache der Mittelschicht vermittelt, deshalb fangen Arbeiterkinder und Kinder aus der untersten sozialen Schicht mit einem Defizit an. Diesen Kindern sind abstrakte und begriffliche Elemente der Sprache unbekannt, und sie kennen auch zahlreiche Objektbezeichnungen nicht, da in ihrem Lebensbereich diese Objekte nicht vorhanden sind.

3.) Diejenigen, die in *Mischsiedlungen* lebten und eine gesellschaftliche Eingliederung erfuhren, schickten ihre Kinder auf die Grund- und Mittelschule. Einigen gelang sogar der Besuch einer Fachschule.

4.) Die Roma, die in den fünfziger und sechziger Jahren infolge der *Binnenmigration* vom ländlichen Bereich abgewandert sind und sich in Industriezentren niederließen, wiesen eine stärkere Offenheit gegenüber dem Bildungssystem auf. Diese Binnenmigration führte zur Verlagerung des Lebens- und Arbeitsschwerpunktes in das Umfeld der Mehrheitsbevölkerung, wodurch auch eine Kontaktintensivierung mit dieser eintrat. Jedenfalls schickten die Familien, die *verstreut in bestimmten Stadtteilen* lebten, ihre Kinder sowohl auf die Grundschule als auch auf weiterführende Oberschulen. Festzuhalten ist, dass stets der soziale Status der Familie als entscheidendes Kriterium für die Ermöglichung einer weiterführenden Ausbildung galt.

Eine geschlechtsspezifische Differenzierung bei der Ausbildung der Kinder lag in vielen Fällen vor: Selbst wenn die materiellen Möglichkeiten für eine Schulbildung vorhanden waren, wurden die Mädchen bei weitem nicht so lange gefördert wie die Jun-

gen. Ein Großteil der Mädchen verließ ab der vierten Klasse die Schule, weil sie sich auf die Heirat und das Mutterdasein vorbereiten sollten.

Berufs- und Beschäftigungsstruktur¹⁸

Nach 1945 drängte die Industrialisierung die traditionellen Handwerke und Berufe immer mehr in den Hintergrund. Ab den fünfziger Jahren wurde ein Großteil der Roma in den industriellen Sektor eingegliedert. Zunächst war eine starke Nachfrage aus dem Bergbau und dem Bauwesen zu verzeichnen, danach aus weiteren Branchen (u.a. Lade- und Transportwesen). Der überwiegende Teil der Roma war außerhalb der Wohngegend beschäftigt, so dass sie täglich oder wöchentlich zwischen Wohnort und Arbeitsplatz pendelten.

Viele schufen sich Freiräume, indem sie Saison- und Teilzeittätigkeiten annahmen. Sie arbeiteten in der Landwirtschaft (je nach Saison und Erntezeit in Slowenien, Serbien oder Kroatien) oder zeitweilig in Baubrigaden. Einige Gemeinschaften sammelten Altglas, Altmetalle, betrieben Tauschhandel und boten Dienstleistungen, (wie kleine Reparaturen) an.

Ab Ende der 60er Jahre gingen viele Roma im Zuge der Anwerbung von Gastarbeitern ins westeuropäische Ausland, wo sie als Arbeiter in Fabriken oder Firmen tätig waren. Mit dem erworbenen Geld konnten sie sich neue Häuser in ihren Heimatgemeinden aufbauen, die in einigen Ortschaften mit fließend Wasser, Heizung und Elektrizität ausgestattet waren.¹⁹

Insgesamt hat sich ein Großteil der Roma bis 1991 in Bosnien-Herzegowina eine ökonomische Basis geschaffen. Dabei waren

¹⁸ Mihok (2001), S.20-34.

¹⁹ Die Häuser variierten in ihrer Qualität: Die Palette reicht von einfachen Häusern mit ein bis zwei Räumen bis zu zweistöckigen Häusern mit mehreren Räumen. Die besser ausgestatteten Häuser wurden von den Familien mit dem erworbenen Geld aus der Gastarbeitertätigkeit aufgebaut, die in einigen Fällen über fließend Wasser, Heizung und Elektrizität verfügten.

sie vorwiegend in folgenden Sparten tätig:

- Landwirtschaftliche Teilzeit- und Saisontätigkeiten, wie z.B. Ernteeinsätze in Serbien, Kroatien, Slowenien sowie in der Vojvodina.
- Saisonale Tätigkeit als Aushilfskräfte in Arbeitsbrigaden.
- Groß- und Kleinhandel: Einkauf von Waren aus Polen, Rumänien, Ungarn, Türkei und der Weiterverkauf auf den Märkten in den einzelnen Regionen Jugoslawiens.
- Handel mit handgefertigten Souvenirs in Tourismusorten.
- Sammeln von Sekundärrohstoffen, die zur Weiterverarbeitung an Firmen verkauft wurden. Diese Tätigkeit wurde ausschließlich von Roma ausgeübt.
- Gastarbeiter in Deutschland und Österreich.

In den wenigsten Fällen handelte es sich um Gelegenheits- oder Zufallsjobs, vielmehr waren es Tätigkeiten, die Marktkennntnisse, Verhandlungsgeschick und die Fähigkeit, Beziehungen zu knüpfen, erforderten. All diese Voraussetzungen konnten viele bosnische Roma dank ihrer Gruppenvernetzung erfüllen. Wenn bei der einen oder anderen Tätigkeit ein notwendiges Startkapital erforderlich schien, war der Rückgriff auf den Verwandtenkreis meistens gegeben. Der gruppeninterne Informationsaustausch begünstigte zudem den Zugang beziehungsweise die Einschaltung in neue Erwerbsnischen, beispielsweise in Gastarbeiter- und Handelstätigkeiten. Zwischen vielen Gruppen bestand ein informeller Austausch, der sich auf veränderte Angebote und Nachfragen des Marktes bezog, wie auch die Vermittlung neuer Arbeitsstellen beinhaltete. Aber es gab auch Romagemeinschaften, die auf keine Gruppenvernetzung zurückgreifen konnten, die auf sich selbst gestellt waren und meistens in den ärmsten Vorortsiedlungen anzutreffen waren. Ihre Lebensbedingungen waren von schlechten Wohnverhältnissen, unregelmäßigem oder zu geringem Einkommen, Perspektivlosigkeit und hoher Kinderzahl gekennzeichnet.

Die Betätigungsfelder der Roma wichen von denen der bosnischen Mehrheitsbevölkerung ab. Während die Mehrheits-

bevölkerung feste und dauerhafte Beschäftigungsverhältnisse im Wohnumfeld bevorzugte, haben die Roma selten ausschließlich eine Tätigkeit ausgeübt, sondern sie wechselten von einem Betätigungsfeld zum anderen. Dieser Wechsel richtete sich nach der Verdienstmöglichkeit und der Nachfrage für bestimmte Arbeiten. Zudem übten die Roma Beschäftigungen aus, die von der Mehrheitsbevölkerung nicht angestrebt waren: Sei es, weil sie wenig Prestige und Ansehen mit sich brachten oder weil sie mit Risikofaktoren verbunden waren. In den ländlichen Regionen stellten die Roma ein flexibles Arbeitskräftepotential dar, auf das viele landwirtschaftliche Betriebe bei anstehenden Ernten gerne zurückgriffen. Doch nach Ablauf der Saison mußten die Roma sich erneut um Einnahmequellen kümmern. Das Sammeln und Verwerten von Sekundärrohstoffen war mit einem hohen Aufwand verbunden (Sammeln, Sortieren und Verwerten), erforderte Mobilität und Flexibilität (Suche nach Abnahmestellen, Transport, usw.) und war nicht gerade eine angesehene Tätigkeit. Bei den Handelstätigkeiten gab es Unsicherheitsfaktoren, die mit dem ständigen Abwägen von Angebot und Nachfrage, der Suche nach geeigneten Absatzmärkten oder den Zollbestimmungen zusammenhingen.

2. Veränderungen in Bosnien-Herzegowina seit dem Ende des Krieges (1995) und deren Auswirkungen auf die Situation der Roma

Mit dem Ausbruch des Krieges haben zehntausende bosnische Roma Zuflucht in Westeuropa gesucht, vorrangig in Österreich, Deutschland, Italien, Schweden und Großbritannien. Den bisherigen Untersuchungen aus Deutschland und Österreich zufolge stammten etwa Dreiviertel der Flüchtlinge aus der Serbischen Republik.²⁰

²⁰ Müller, Stephan: Roma in Bosnien-Herzegowina. Der Versuch einer Zu-

Die Ombudsmann Institution stellt fest, dass heutzutage etwa 40.000 Roma in Bosnien-Herzegowina leben, wonach ein Drittel der früheren Bevölkerung außerhalb des Landes eine dauerhafte Zuflucht gefunden hat. Die nachfolgenden Ausführungen über die veränderten politischen und sozio-ökonomischen Bedingungen seit 1995 verdeutlichen, welche Faktoren sowohl die Rückkehr wie auch die Wiedereingliederung der Roma Minderheit besonders erschweren.

2.1. Der Verlust der ökonomischen Basis

Die vor dem Krieg bestehende ökonomische Basis der Roma ist nicht mehr vorhanden. Dieser Verlust bringt die Betroffenen in eine existentielle Bedrängnis und läßt langfristige Schwierigkeiten bei ihrer Wiedereingliederung befürchten. Zwei Faktoren spielen hierbei eine Rolle.

Erstens können die vor dem Krieg etablierten Beschäftigungsmöglichkeiten nicht wieder aufgenommen werden:

- Durch die Auflösung Ex-Jugoslawiens und die Bildung neuer Staatsgrenzen haben die Roma-Flüchtlinge keine Möglichkeit mehr, auf landwirtschaftliche Teilzeit- und Saisontätigkeiten in Serbien, Slowenien, Kroatien und der Vojvodina zurückzugreifen.

- Die überregionalen Handelstätigkeiten, die mit Reisen nach Polen, Ungarn oder in die Türkei verbunden waren, sind wegen restriktiver Paß- und Visaerteilungen erheblich erschwert und eingeschränkt.

- Die Gastarbeitertätigkeiten in Österreich und Deutschland sind nicht mehr zugänglich.

- Manche typisch lokale Roma Tätigkeiten, wie z.B. das Sammeln und Verwerten von Sekundärrohstoffen, wurden inzwischen von Binnenflüchtlingen übernommen.

sammenfassung ihrer Lage. (Vortrag/Manuskript), Wien 1997.

Müller, Stephan: Politische und gesellschaftliche Bedingungen einer Rückkehr nach Bosnien-Herzegowina. In: Südosteuropa 9-10/1995.

Der Entzug der ökonomischen Basis und die Unmöglichkeit, neue Beschäftigungsmöglichkeiten zu finden, drängt die Betroffenen in eine prekäre Situation und weist auf eine Belastung der ethnischen Interaktion hin. Bereits jetzt zeigt sich, dass die Roma im Konkurrenzkampf um knappe ökonomische Ressourcen unterlegen sind. Der lokale Arbeitsmarkt ist einerseits viel enger geworden, andererseits ist er durch die Bevölkerungsverschiebungen überlastet. Die vorläufigen Entwicklungen weisen auf einen sozialen Umschichtungsprozeß hin, der von Ausgrenzungsstrategien begleitet wird.

Zweitens können die Roma nicht mehr auf ihre vor 1991 bestandene Gruppenvernetzung zurückgreifen, was einer Schwächung der ökonomischen Ausgangsposition gleichkommt. Die Romagemeinschaften suchen unter ökonomischen Gesichtspunkten neue Vernetzungsmöglichkeiten und loten die Möglichkeiten hierzu aus. Doch ist nicht voraussagbar, ob diese unter den veränderten ökonomischen Bedingungen (enger Arbeitsmarkt, Umschichtungsprozeß der Bevölkerung, etc.) den Zugang zu neuen Beschäftigungsnischen fördern werden.

2.2. Die Schwierigkeiten bei der Eigentumsrückgabe

Bis 1991 hatten die meisten Roma Wohnungen beziehungsweise Häuser unterschiedlicher Qualität.²¹ Vor allem diejenigen, die im Ausland als Gastarbeiter tätig waren, aber auch andere Romagemeinschaften investierten in den Häuserbau. Was ist seit Kriegsende mit dem Wohneigentum der Roma passiert?

Zahlreiche Häuser der Roma aus der Föderation wurden während des Krieges in unterschiedlichem Grad zerstört.²²

Die Häuser der Roma aus der Serbischen Republik hingegen sind in den überwiegenden Fällen gut erhalten, aber von serbi-

²¹ Brigitte Mihok (2001), S.19 und S.46f.

²² Nach dem Krieg wurden in den erhaltenen Häusern Binnenflüchtlinge und Vertriebene inquartiert. In einigen Fällen hat die lokale Bevölkerung aus materieller Not zerstörte beziehungsweise verlassene Häuser zur Baumaterialversorgung für den eigenen Hausbau genutzt.

schen Flüchtlingen besetzt, die bislang keine Bereitschaft zum Auszug zeigen. Wie bereits erwähnt, lebte der Großteil der Roma in der Serbischen Republik. Der Einzug in ihre ehemaligen Häuser wird auch dadurch erschwert, dass in der Serbischen Republik das Gesetz zur Regelung der Eigentumsansprüche noch nicht greift. Roma, die versucht haben, ihre Ansprüche geltend zu machen, mußten erfahren, dass sie keinerlei Unterstützung durch die lokalen Behörden erhielten.²³ Im Gegenteil: Die Rückgabeverweigerung wird mittels administrativer Maßnahmen erreicht, z.B. durch langsame und nicht korrekte Bearbeitung von Anträgen, die Weigerung, Belege auszustellen, unfaire Gerichtsverhandlungen, Nicht-Umsetzung von Gerichtsurteilen (die zugunsten der Rückkehrer getroffen wurden).²⁴ Abgesehen davon signalisieren die politisch Verantwortlichen auch öffentlich kein Entgegenkommen bei der Minderheitenrückkehr.²⁵ Dabei geht es nicht um die Eigentumsfrage, sondern um die Frage der ethnischen und religiösen Zugehörigkeit.

2.3. Die Verweigerung der Registrierung

Grundlegende Voraussetzung für eine dauerhafte Wiedereingliederung ist die Registrierung in den jeweiligen Heimatgemeinden. Und gerade auf der lokalen Ebene wird ein besonders gravierendes **Problem** deutlich:

Nach Aussagen des Föderationsministeriums für Flüchtlingsfragen gestaltet sich die Registrierung meist sehr schwierig.²⁶

²³ Berichte von Flüchtlingen, die zur Eigentumsregelung in die Heimatorte gefahren sind.

²⁴ Stefan Müller: Zur Lage der Menschenrechte in Bosnien-Herzegowina, in: Kerstin Schimmel/(Hg.), Was Frieden heißt... Meissen 1999, S.91.

²⁵ Bis Herbst 1999 gab es zahlreiche Fälle, in denen Gouverneure und Bürgermeister die Minderheitenrückkehr behinderten. Erst im Dezember 1999 wurde vom OHR Büro die Entlassung von 22 Politikern beschlossen, die bewiesenmaßen die Flüchtlingsrückkehr verhinderten, sowie die Regelung der Eigentumsansprüche mißachteten.

²⁶ Information aus Gesprächen, die während der Forschungsreise in Bosnien-Herzegowina (August 1999) geführt wurden.

Schätzungen zufolge werden etwa ein Drittel der Rückkehrer **nicht** registriert. Dies bedeutet, dass diese Personen keine Aufenthaltsbefugnis erhalten, sich nicht arbeitslos melden oder Unterstützung einfordern können, keiner Kranken- oder Rentenkasse beitreten können, keine Genehmigung zum Wiederbezug oder Wiederaufbau ihrer alten Häuser erhalten und dass die Kinder keine Schule besuchen dürfen.

Viele Fälle belegen, dass sich einige Heimatgemeinden in Bosnien-Herzegowina weigerten, die zurückkehrenden Roma zu registrieren. Die bislang bekannt gewordenen Fälle betrafen Familien, die nach Banovici²⁷, Zavidovici und einem Vorort von Tuzla zurückgekehrt sind, alles Orte, die in der Föderation liegen. Die dortigen Gemeindevorsteher weigerten sich, diese Familien zu registrieren. *Einerseits*, weil die Gemeinden die sogenannte „Kriegssteuer“ einforderten. Einige Gemeinden verlangten z.B. als „Kriegssteuer“ 300 DM für jeden Monat, den ein Flüchtling in Deutschland verbracht hat. Andere Gemeinden verlangten 200 DM für jedes Jahr, das in Deutschland verbracht wurde. Bärbel Bohley, als Vertreterin des OHR, berichtete, dass manche Gemeinden auch pauschal 3000 bis 5000 DM einforderten.²⁸ *Andererseits*, weil die Gemeinden kein Interesse daran hatten, dass die Roma in ihre Heimatgemeinden zurückkehren. Vor allem nicht, wenn es sich um die Rückkehr in ärmliche Vortortsiedlungen (z.B. Rupin Dol in Zavidovici und Cubric bei Banovici) handelt. Diese Rückkehr möchten die Gemeinden wegen des „Ansehens“ eher vermeiden.

Für die Erhebung einer „Kriegssteuer“ gibt es keinerlei gesetzliche Grundlage, doch die bosnischen Behörden unternahmen kaum Schritte, diese Praxis zu unterbinden. Ohne jegliche recht-

²⁷ Fax des OHR vom 16. September 1997 „*Situation der Roma in Banovici bei Tuzla*“: „(...) Die Gemeinde weigert sich, die Rückkehrer zu registrieren, da sie eine Kriegssteuer (pro Monat DM 300.-) erhebt, die die Roma nicht bezahlen können. (...)“

²⁸ Gespräch mit Frau Bohley am 4. August 1997.

liche Grundlage „steuern“ einige Gemeinden die ethnische Neu-Zusammensetzung ihrer Bevölkerung, die in den wenigsten Fällen dem multi-ethnischen Bild der Vorkriegszeit entspricht. Die erfolgten Verschiebungen lassen eine Tendenz zur Homogenisierung erkennen.²⁹ Dadurch, dass die Roma zu keiner der anerkannten nationalen Gruppen zählen, ist ihr Platz eng bemessen und abhängig vom „Wohlwollen“ der jeweiligen Gemeinden.

2.4. Zerstörung der inter-ethnischen Beziehungen

Das Verhältnis zwischen Roma und Nicht-Roma vor 1991 war insgesamt betrachtet relativ gut und entspannt,³⁰ vergleicht man es mit anderen osteuropäischen und südosteuropäischen Staaten. Eine Flüchtlingsumfrage in Berlin³¹ hat ergeben, dass es bis 1991 keine behördliche Diskriminierung gab. Gesellschaftliche Vorurteile, die zur Alltagsdiskriminierung zählen, waren latent vorhanden. Die Meinungen der Flüchtlinge zur Einschätzung des Zusammenlebens mit anderen Nationalitäten waren durchgehend positiv: „Das Zusammenleben war sehr gut“; „Wir lebten wie Brüder und Schwestern“; „Alles war o.k.“; „Es gab keinen Haß“. Oft haben jedoch die Befragten hinzugefügt, dass dieses Verhältnis durch den Krieg zerstört wurde und sie jetzt „nirgends dazugehören“. Sie hoben hervor, dass seit Kriegsende die Frage, wer was ist, von existentieller Bedeutung sei, denn „die Serben setzen sich nur für die Serben ein, die Kroaten nur für die Kroaten

und die Bosnier nur für die Bosnier“. Sie aber würden außen vor stehen und von keiner dieser Gruppen als zu ihnen gehörig betrachtet werden. Daraus ist ableitbar, dass der Krieg vor allem die durch Jahrzehnte entwickelten gutnachbarlichen Beziehungen im multi-ethnischen Lebensumfeld zerstört hat und die seit Kriegsende zu verzeichnende Verschärfung der ethnischen Grenzziehung für die Romabevölkerung negative Auswirkungen hat.

3. Rechtliche Rahmenbedingungen

3.1. Die Negation einer ethnischen Gruppe

Bosnien-Herzegowina als multi-ethnischer Staat, in dem ein Miteinander verschiedener ethnischer Gruppen alltäglich war, existiert nicht mehr. Das Dayton Abkommen fordert zwar ein vereintes Bosnien, bestehend aus der Serbischen Republik (Republika Srpska) und der bosnisch-kroatischen Föderation und gesteht den Vertriebenen auch das Recht zu, in ihre Heimatorte zurückzukehren. Doch die Realität sieht anders aus: Die Serbische Republik pocht weiterhin auf Selbständigkeit und strebt faktisch einen rein serbischen Staat an. Das heißt, die ethnische und religiöse Zugehörigkeit ist zum alles bestimmenden Faktor geworden. Die „ethnisch ausgerichtete Aufteilung“ Bosnien-Herzegowinas drängt die Roma in die Situation einer „unerwünschten Minderheit“. Und in diesem Zusammenhang werden die Roma, gleich wohin sie zurückkehren, nur eine geduldete, wenn nicht gar ausgegrenzte Minderheit sein.

Juristisch gesehen sind die Roma in keinem der beiden Entitäten Bosnien-Herzegowinas als ethnische oder nationale Minderheit anerkannt. Die Verfassung, die als Annex 4 des Dayton Abkommens Bestand hat,³² erwähnt lediglich die „Bosnier, Kroaten und

²⁹ Vgl. Mihok (2001), Anhang, Tabelle 5 (Bevölkerungsstruktur Banja Luka und Tuzla).

³⁰ Ein Erklärungsmuster für die fehlende Ablehnung oder Diskriminierung vor 1991 läßt sich aus dem ökonomischen Bereich ableiten: Die etablierte Wirtschaftsweise der Roma hat auf dem Arbeitsmarkt zu keiner Interessenkollision geführt. Zum einen waren viele Roma außerhalb Bosniens tätig, so dass innerhalb des Arbeitsmarktes keine Konkurrenzsituation auftrat. Andererseits führten die Roma innerhalb Bosniens solche Tätigkeiten (Handel, Verwertung von Sekundärrohstoffen, Aushilfsarbeiten) aus, die von der Mehrheitsbevölkerung nicht angestrebt, deren Dienste aber gefragt waren.

³¹ Mihok (2001), S. 36-37.

³² Verfassung (engl.), in: www.ohr.int/gfa/gfa-an4.htm.

Serben (zusammen mit Anderen), als konstitutive Völker". In Annex 1 zu Annex 4 des Dayton Abkommens („Zusätzliche Menschenrechtsabkommen, die in Bosnien-Herzegowina angewandt werden") wird auf internationale Verträge und Abkommen verwiesen, die Anwendung finden sollen, wie z.B. die „Europäische Charta der Regional- und Minderheitensprachen" (1992), sowie das „Rahmenübereinkommen zum Schutz nationaler Minderheiten" (1994). Doch wie können diese internationalen Abkommen einen ergänzenden Schutz bieten, wenn

(a) außer der Bezeichnung „Andere", keine explizite Nennung der „Minderheiten" vorliegt,

(b) keine offizielle Anerkennung der Roma als ethnische oder nationale Minderheit erfolgt, und

(c) keine staatliche Verpflichtung zur Wahrung und Förderung von Minderheitenrechten festgelegt wird?

Die Auflistung internationaler Abkommen im Dayton-Vertrag allein reicht nicht aus und bildet auch keine Rechtsgarantie. Notwendig sind rechtliche Instrumentarien, die die Umsetzung dieser Abkommen garantieren. Zudem ist selbstverständlich auch die explizite Nennung der Minderheiten wichtig. Der Ministerrat von Bosnien-Herzegowina hat dieses Dilemma inzwischen erkannt und am 19. April 2001 einen Entwurf zum Minderheitengesetz ausgearbeitet, welches dem Parlament zur Verabschiedung unterbreitet werden soll. Im Gesetzentwurf (Artikel 5) wird die „nationale Minderheit" definiert und die Roma werden neben weiteren 16 Minderheiten explizit genannt.

Das, was den Roma in Bosnien-Herzegowina bislang zugestanden wird, ist die Gründung von Vereinen zur Pflege und Wahrung der kulturellen Identität und sie können beispielsweise in den Ortsgemeinschaftsräten eine Vertretung erlangen. Aber dies ist kein Ersatz für einen staatlich garantierten Minderheitenschutz. In diesem Zusammenhang scheint es unangebracht, einfach so zu tun, als wären die Roma gleichberechtigte Bürger, die eine Gleichbehandlung erfahren. Denn das ist weder in Bosnien-Herzegowina, noch in anderen Ländern der Fall.

3.2. Von der verbalen Gleichstellung zur faktischen Ausgrenzung

Betrachtet man die Situation nach dem Krieg, so kann gesagt werden, dass es in der Föderation keine restriktive Unterdrückung oder Verfolgung der Roma gibt. Es ist aber auch kein Interesse für ihre derzeitige Lage erkennbar. Die Roma werden ignoriert. Das betrifft staatliche Institutionen, aber auch internationale Organisationen, die in Bosnien präsent sind. Noch im Sommer 1999 haben Vertreter der OSZE in Sarajevo und Banja Luka, sowie eine Sprecherin des bosnischen Flüchtlingsministeriums den Standpunkt vertreten, dass für die zurückkehrenden Roma keine besondere Aufmerksamkeit erforderlich wäre, da sie „genauso wie die anderen nationalen Gruppen behandelt werden".³³ Diese Gleichgültigkeit ist entweder auf die Unkenntnis der Lage vor Ort zurückzuführen, oder eher auf den Unwillen, auf die realen Verhältnisse einzugehen. In den Städten der bosnisch-kroatischen Föderation ist eine Art gesellschaftlicher Trennung entstanden:

„Die alteingesessenen Bürger, die intern Vertriebenen, die während des Krieges und danach in die Städte geflohen sind und die aus anderen Ländern zurückkehrenden Flüchtlinge. (...) Bereits jetzt bestehen zwischen diesen Gruppen Spannungen und Verteilungskämpfe um die wenigen verfügbaren Ressourcen."³⁴ Bis heute zeigt sich, dass die zurückkehrenden Roma in diesem Verteilungskampf wenig Chancen haben. Binnenflüchtlingen (displaced persons) sind all jene, die keine Rückkehrmöglichkeit in ihre Heimatorte erhalten und sich in anderen Gemeinden aufhalten oder niederlassen müssen. Die Binnenflüchtlinge gehören eigentlich zum Staatsverband von Bosnien-Herzegowina und für sie müßten die Bestimmungen der Verfassung (Dayton-Ab-

³³ Die Gespräche mit der OSZE in Sarajevo und Banja Luka, sowie mit dem Flüchtlingsministerium in Sarajevo fanden im August 1999 statt.

³⁴ Stephan Müller, Roma in Bosnien-Herzegowina. Der Versuch einer Zusammenfassung ihrer Lage. Vortragsmanuskript, Wien 1997, S.9.

kommen) Geltung finden. Doch wenn die Binnenflüchtlinge Roma sind, dann zeigen die Bestimmungen noch weniger Wirksamkeit. In diesem Zusammenhang berichtet die Ombudsmann Institution über die ungelöste Frage der Unterbringung von Roma Binnenflüchtlingen, die seit Jahren in den zerstörten Hochhäusern von Novo Sarajevo leben: Während das UNHCR hierfür Container zur Verfügung stellen möchte, findet sich für die Umsetzung kein Grundstück. Beispiele belegen, dass die Roma ihre Ansprüche nicht geltend machen können und dass sie selbst mit beglaubigten Dokumenten nicht das erhalten, was die „anderen nationalen Gruppen“ bekommen.³⁵ Zu befürchten ist, dass ihnen auch zukünftig keine explizite Unterstützung oder gezielte Aufmerksamkeit zukommt. Die Folge davon ist eine sich einschleichende Ausgrenzung, die zwar nicht auf dem Papier festgehalten ist, aber faktisch erfahren wird. Bei der Vergabe der knappen Ressourcen (Arbeitsplätze, Wohnungen, Bildungsmöglichkeiten) werden sie weiterhin an letzter Stelle stehen.

Gerade hinsichtlich der Wiedereingliederung scheint es unangebracht, einfach so zu tun, als wären die Roma gleichberechtigte Bürger, die eine Gleichbehandlung erfahren. Die Rückkehr kann nur dann langfristig erfolgreich sein, wenn Bedingungen für ihre wirtschaftliche und soziale Wiedereingliederung gegeben sind. Bleiben aber Faktoren, die eine gesellschaftliche Eingliederung behindern, unberücksichtigt und werden Roma bei Wiederaufbau- und Beschäftigungsprogrammen nicht ausdrücklich einbezogen, so sind Konflikte vorprogrammiert und könnten die Rückkehrer zu einer erneuten Flucht zwingen.

4. Förderprogramme zur Integration der Roma

In Bosnien-Herzegowina existiert **kein** staatlich gefördertes

Programm zur Wiedereingliederung der Roma.

Zahlreiche internationale NGOs wie auch die OSCE, das UNHCR, der Europarat, die Ombudsmann Institution von Bosnien-Herzegowina, u.v.m. setzen sich in ihren Programmen und Aktivitäten für den Schutz der Menschenrechte ein, dabei auch für die Rechte der Roma.

5. Roma Organisationen in Bosnien-Herzegowina

Seit 1995 haben sich Roma Vereine in Bosnien-Herzegowina gegründet, die zwar noch schwach organisiert sind und keine Vernetzung untereinander haben, doch zumindest auf ihre Präsenz in der bosnischen Gesellschaft verweisen: „Braca Roma“ in Sarajevo, „Udruzenje SAE Roma“ und „Unija Roma“ in Tuzla, „Udruzenje Savaze Roma“ in Zavidovici, „Udruzenje Gradzana Roma Zenica“ in Zenica und „Udruzenje Roma“ in Visoko, um nur einige zu nennen.

Die Tätigkeitsbereiche dieser Organisationen sind noch eng begrenzt und den vorliegenden Informationen zufolge widmen sie sich humanitären und weniger politischen Fragen.³⁶ Einzelne Roma Vereine werden von lokalen oder internationalen Nicht-regierungsorganisationen (NGOs) unterstützt. Die Organisation „Udruzenje SAE Roma“ in Tuzla erhält von der lokalen „Helsinki Citizens Assembly“ und der englischen Entwicklungsgesellschaft „Oxfam“ eine gewisse Unterstützung. Seit dem Sommer 1997 hat das Büro der „Gesellschaft für bedrohte Völker - Sektion Bosnien-Herzegowina“ in Sarajevo seine Tätigkeit aufgenommen. Am 21. September 1997 initiierte das Büro die Gründung der „Union der Roma Bosnien-Herzegowinas“, die sich als Dachorganisation versteht und deren Hauptziel die Durchsetzung des Nationalitätenstatus für die Roma ist. Zusätzlich sollen, in Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen, wirtschaftliche

³⁵ Siehe hierzu Willi Wottreng, Tagebuch einer Bosnienreise. In der Heimat gestrandet. In: Die Weltwoche, Nr.36, 9.09.99, S.15ff.

³⁶ Mijs (1996), S.15-19, S.22-23.

und soziale Förderprogramme erarbeitet werden.

Vorerst scheinen die Roma Organisationen jedoch die lokale Vertretung anzustreben, da sie glauben, auf diese Weise eher an Fördermittel für ortsgebundene Projekte zu gelangen. Es ist nämlich auch unter den Roma Vereinen ein verständliches und nachvollziehbares Konkurrenzverhalten zu beobachten. Viele meinen, dass eine Dachorganisation nicht auf lokale, spezifische Anliegen achten und bei der Verteilung der Fördermittel eigene Prioritäten auflegen würde. Zudem deckt sich die auf lokale Vertretung konzentrierte Organisation eher mit der von Roma bevorzugten Vernetzung, sei es vom Gesichtspunkt der Verbundenheit mit der Ortsgemeinschaft oder mit der Familiengemeinschaft.

Im Moment ist noch unklar, wann und in welcher Form sich eine auf politische Partizipation ausgerichtete Organisation bildet. Eine Neuorientierung ist zwar eingeleitet, aber zunächst haben Alltagsprobleme, wie der Wiederaufbau der Häuser, die Arbeitsplatzbeschaffung und die Wiedereingliederung in die Gesellschaft ein größeres Gewicht. Und diese Probleme sind auf lokaler Ebene am besten zu lösen. Erst wenn hier eine Konsolidierung erreicht wird, könnten gebündelte politische Partizipationsforderungen aufgestellt und erstritten werden.

6. Vertretung der Romabevölkerung (im Parlament, in der Regierung und in den lokalen Verwaltungen)³⁷

In Bosnien-Herzegowina sind die Roma weder in der Regierung noch im Parlament vertreten.

Auf der lokalen Verwaltungsebene ist die Teilnahme der Roma

eher symbolisch. In Sarajevo sind zwei Roma Mitglieder in den Stadträten.

Ein Rom ist Mitglied der Verfassungsgebenden Kommission des bosnischen Parlaments. Er wurde am 6. Februar 2001 vom Hohen Repräsentanten der internationalen Gemeinschaft (OHR / Office of the High Representative) auf diesen Posten berufen. Die Teilnahme der Roma in der öffentlichen Verwaltung ist unzureichend, obwohl das Gesetz eine proportionale Vertretung der Minderheiten in den Machtstrukturen vorschreibt (z.B. in der lokalen Polizei). Im Innenministerium der Föderation sind lediglich fünf Roma als Polizisten beschäftigt, während in der Polizeiverwaltung der Serbischen Republik kein einziger Rom eingestellt ist.

³⁷ Bericht der Ombudsmann Institution in Bosnien-Herzegowina.

Stojan Zenov / Maria Simeonova
Länderbericht Bulgarien

1. Anteil nationaler und ethnischer Minderheiten

Die Republik Bulgarien hat eine Bevölkerungszahl von insgesamt 8,102 Millionen, davon sind 6.549.850 Bulgaren (80,84%). Die Türken in Bulgarien zählen 825.000 Personen (10,18%) und die Roma 630.000 Personen (8,3%), der Rest von 0,68% der Bevölkerung im Lande sind bulgarischer Bürger armenischer, russischer, griechischer oder anderer Abstammung.

Bei der Ermittlung der Zahl der Romabevölkerung in Bulgarien in den Jahren 1934, 1980 und 1999 zeichnet sich folgendes Bild ab: Im Jahr 1934 lebten in Bulgarien 80.000 Roma, 1980 220.000 Roma und 1999 533.000 Roma. Wenn zu dieser Gruppe noch diejenigen Roma hinzugerechnet werden, die türkisch sprechen bzw. die sich zur muslimischen Religion bekennen, liegt die Anzahl der Roma bei etwa 630.000, was 8,37 % der Bevölkerung ausmacht.

Die Altersstruktur weist auf, dass nur 4,9 % der Roma zur Altersgruppe von über 60jährigen zählen. Unsere Untersuchungen zeigen, daß in Regionen wie Vidin, Lom, Beli Izvor, Pernik und Devnja sogar von einem Grenzalter der Roma zwischen 38 und 40 Jahren die Rede sein kann.³⁸

2. Die sozio-ökonomische Situation der Roma

2.1. Die ökonomische Lage

Eines der größten gegenwärtigen Probleme stellt die Arbeitslosigkeit dar. In Regionen mit konzentrierter Romabevölkerung liegt

³⁸ Mathematisches Modell zur Ermittlung der Anzahl der Roma, Informationsbulletin Nr. 12 / 1999, Zentrum für soziale Forschungen und Wahlpolitik, Sofia. (Bulgarisch)

die Arbeitslosenquote bei 100 Prozent, in den anderen Regionen variiert sie zwischen 75 und 80 Prozent.³⁹ Ursachen für die dramatische Arbeitslosenquote unter Roma ist vor allem die massenhafte Schließung von Unternehmen und die Krise in der Landwirtschaft (z.B. Verluste von Absatzmärkten für Agrarprodukte). Auch der niedrige Stand der Ausbildung und der beruflichen Qualifikation führte zu einer hohen Arbeitslosenquote, zur Senkung der Einkommen und einer rapiden Verschlechterung des Lebensstandards. Etwas besser sieht die Beschäftigungsrate der Roma in den Städten Sofia, Varna und Burgas aus. Die durchschnittliche Dauer der individuellen Arbeitslosigkeit unter Roma liegt bei ca. 4 Jahren.⁴⁰

Von den nahezu 20% der beschäftigten Roma sind landesweit weniger als ein Fünftel im Rahmen von Arbeitsverträgen tätig, drei Fünftel davon arbeiten ohne einen Arbeitsvertrag und sind daher weder sozial- noch krankenversichert, und rund ein Fünftel betreibt ein „eigenes Gewerbe“.⁴¹

Es gibt auch Fälle der Diskriminierung gegenüber Roma seitens der Angestellten in den Arbeitsämtern sowie seitens der Arbeitgeber.

Die Lebensbedingungen der Roma sind äußerst schlecht. Ein Großteil der Roma-Wohnsiedlungen in den Städten und einigen Dörfern sehen regelrecht wie Ghettos aus. Die meisten Wohnungen sind niedrige, feuchte Bauten. In rund 20% dieser Wohnungen gibt es keine Möbel (selbst keine Betten und Tische), keine Rundfunk- bzw. Fernsehgeräte.⁴² Oft wird ein Raum von zwei bis drei Familien, d.h. von etwa 10 Personen bewohnt.

³⁹ Erforschung der Beschäftigung der Roma in Bulgarien, Informationsbulletin Nr.4 /2001, Zentrum für soziale Forschungen und Wahlpolitik, Sofia. (Bulgarisch)

⁴⁰ Ebenda.

⁴¹ Erforschung der Beschäftigung der Roma in Bulgarien, Informationsbulletin Nr.4 /2001, Zentrum für soziale Forschungen und Wahlpolitik, Sofia. (Bulgarisch)

⁴² Erforschung der Ethnien in Bulgarien, Informationsbulletin Nr.3 /2001, Zentrum für soziale Forschungen und Wahlpolitik, Sofia. (Bulgarisch)

In einigen Städten, insbesondere in den Industriezentren wurden Wohnungen für Roma gebaut, die jedoch verfallen sind. In diesen Siedlungen gibt es keine Kanalisation und keine Strom- und Wasserversorgung.

In letzter Zeit macht sich der Trend bemerkbar, daß infolge der Entbulgarisierung einiger Dörfer (alte Menschen sterben, junge Menschen ziehen aus) die Häuser von Roma billig gekauft oder einfach unrechtmäßig besetzt werden. Nach unserer Information wurden in den Gebieten Vraza, Widin, Montana, Weliko Tarnovo und Russe in Nord-Bulgarien in der Periode 1996-1999 mehr als 10.000 solcher Wohnungen an Roma verkauft und in den Gebieten Pleven und Lovech sind Roma ohne rechtliche Grundlage in leerstehende Wohnungen eingezogen.

In vielen Gemeinden stellt die Modalität der Zuerkennung und Auszahlung von Sozialleistungen für Roma einen besorgniserregenden Faktor dar. Einige der Ursachen hierfür sind:

(a) Es gibt keine klaren und genauen Kriterien, wonach festgestellt werden kann, welche Roma Anspruch auf Sozialhilfe haben.

(b) Die Auszahlung von Arbeitslosenhilfe, Sozialhilfe und Kindergeld erfolgt unregelmäßig.

(c) Die Angestellten staatlicher und kommunaler Stellen zeigen keine Toleranz und keinen Respekt gegenüber den Roma, die eine soziale Unterstützung direkt oder indirekt brauchen.

2.2. Gesundheitsbereich

Im Zuge der Reformen im Gesundheitswesen wird nur ein geringer Teil der Roma vom Krankenversicherungssystem erfaßt. Nahezu 80 Prozent der Roma haben keine Krankenversicherung und sie werden auch in Zukunft nicht in der Lage sein, Krankenversicherungsbeiträge zu leisten.⁴³ Der Großteil von ihnen hat keinen Hausarzt, keinen Zugang zu vorbeugender Be-

⁴³ Bulletin der Nationalen Krankenkasse, 11/2000, Sofia. (Bulgarisch)

handlung sowie kein Geld, um Medikamente zu kaufen.

2.3. Kultur- und Bildungsbereich

Die Bildungssituation der Roma verschlechtert sich zunehmend. Unsere Untersuchungsergebnisse zeigen folgendes Bild:⁴⁴

(a) Etwa 22% der Roma sind des Lesens und Schreibens unkundig.

(b) Rund 12% der volljährigen Romabevölkerung ist halbgebildet. Das sind Roma, die zwar die Buchstaben und Zahlen kennen, jedoch kaum rechnen können.

(c) Etwa 30% der Roma haben eine Elementarbildung.

(d) Rund 30% der Roma haben eine Grundschulbildung.

(e) Etwa 5,7% der Roma haben eine Oberschulbildung.

(f) 0,3% der Roma haben eine Hochschul- bzw. eine Fachschulbildung.

Das Analphabetentum geht vor allem auf die kurzsichtige Politik des Ministeriums für Bildung und Wissenschaft zurück, die Grundschulen in einer Reihe von Dörfern schließen läßt, weil dort die Zahl von Schulkindern unter den gesetzlichen Vorgaben liegt. Dadurch haben viele Romakinder keinen Zugang zur Schulbildung, aber auch wegen Mangel an Finanzmitteln für Transport, Verpflegung, Kleidung und Lehrbücher.

2.4. Sonstige Bereiche

Die Kriminalität unter Roma ist sehr hoch. Inoffiziellen Angaben zufolge sind 70 Prozent der verurteilten und bestraften Straftäter Roma. Ebenfalls 70 Prozent der verurteilten und in der Erziehungsanstalt in Bojtschinovzi und im Frauengefängnis sitzenden Straftäter in Sliven sind Roma.⁴⁵ Die Zahl der wegen Diebstahl

verurteilten Roma ist die größte, wobei berücksichtigt werden muß, daß die Diebstähle aus sozialen und materiellen Gründen erfolgen. Ohne dies rechtfertigen zu wollen, möchten wir darauf hinweisen, daß Roma oft stehlen, um zu überleben, während es Bulgaren gibt, die Diebstähle im Werte von Millionen Leva verüben und oft unbestraft bleiben.

3. Gesetz zum Schutz der Minderheiten. Rechtsgrundlagen gegen ethnische Diskriminierung

In der Verfassung der Republik Bulgarien finden sich zwei Bestimmungen hinsichtlich des Minderheitenrechts.⁴⁶ In Artikel 6, Abs. 6 wird festgehalten: „*Alle Bürger sind vor dem Gesetz gleich. Es sind keinerlei Einschränkungen der Rechte oder Privilegien aufgrund von Rasse, Nationalität, ethnischer Zugehörigkeit, Geschlecht, Herkunft, Glaubensbekenntnis, Bildung, Gesinnung, politischer Zugehörigkeit, privater oder gesellschaftlicher Stellung bzw. Vermögensstand zulässig.*“ In Artikel 11, Abs. 4 steht: „*Die Gründung von politischen Parteien auf ethnischer, rassistischer oder konfessioneller Grundlage sowie von Parteien, die sich das Ziel setzen, die Staatsmacht gewaltsam zu ergreifen, ist unzulässig.*“

In Bulgarien gibt es noch kein Gesetz zum Schutze der ethnischen Gemeinschaften. Die Notwendigkeit besteht jedoch, dass ein solches Gesetz verabschiedet wird, in dem sowohl die Einhaltung der individuellen Menschen- und Minderheitenrechte, als auch Rechtsvorschriften gegen ethnische und rassistische Dis-

⁴⁴ Erforschung der Bildungsstruktur der Roma in Bulgarien nach der Methode von I. Tomova (mit 10.500 Befragten in Regionen mit kompakter Romabevölkerung), Zentrum für soziale Forschungen und Wahlpolitik, Sofia 2000. (Bulgarisch)

⁴⁵ Erforschung der Ethnien in Bulgarien, Zentrum für soziale Forschungen

und Wahlpolitik, Informationsbulletin Nr.3 /2001, Sofia. (Bulgarisch) *Anmerkung der Redaktion:* Die ethnische Zugehörigkeit der Straftäter wird offiziell nicht registriert. Die Forschungsgruppe hat die genannten Gefängnisse besucht und ihre Untersuchungen durchgeführt, wobei unklar bleibt, nach welchen Kriterien die Zugehörigkeit festgestellt wurde.

⁴⁶ Im Gesetzblatt Nr. 56 vom 13. Juli 1991 veröffentlicht.

kriminierung festgehalten werden. Zudem müßte auch auf die im November 1994 vom Europarat verabschiedeten Europäischen Rahmenkonvention über den Schutz der nationalen Minderheiten verwiesen werden. Im Ministerrat der Republik Bulgarien wird momentan ein solches Gesetz vorbereitet, demnächst soll es in der Volksversammlung eingebracht werden.

4. Förderprogramme zur Integration der Roma

In Bulgarien gibt es **kaum** Förderprogramme zur Eingliederung der Roma. Die Regierung setzt vornehmlich auf Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen der Gemeinden für eine vorübergehenden Beschäftigung von ungelerten Roma, doch die Zahl dieser Roma ist sehr gering, so daß von diesen Maßnahmen weniger als 1 Prozent der Roma erfaßt sind.

Am 22.04.1999 unterzeichnete die Regierung das Roma-Rahmenprogramm „Vollständige Eingliederung der Roma in die bulgarische Gesellschaft“, in dem folgende Bereiche aufgelistet sind:

- Schutz vor Diskriminierung;
- Beschäftigung und soziale Unterstützung;
- Versorgung mit Anbauflächen;
- Problemlösung in den Bereichen Bildung, Kultur, Gesundheitsschutz und städtebauliche Gestaltung der Roma-Wohnsiedlungen.

Zudem wurde ein Nationaler Rat für ethnische und demographische Angelegenheiten eingerichtet.

Doch zwischen dem Regierungsprogramm und dessen praktischer Umsetzung gibt es eine große **Diskrepanz**. Das Roma-Rahmenprogramm wurde finanziell nicht abgesichert. Die notwendigen Finanzmittel wurden weder vom Staatshaushalt für das Jahr 2000, noch vom Haushalt für das Jahr 2001 bereitgestellt. In letzter Zeit ist eine Aktivierung der Arbeit mit den Roma zu beobachten, jedoch dient dies vornehmlich Wahlzwecken, um sich Wähler unter den Roma zu sichern.

Außerhalb der Kontrolle durch die Öffentlichkeit bleiben die Projekte ausländischer Organisationen und Stiftungen zur Unterstützung der Roma. Viele Hilfslieferungen gelangen kaum zu ihnen. Es gibt Korruption unter den Leadern einiger Organisationen, die sich die Mittel, die zur Unterstützung der Roma bestimmt sind, aneignen. Unsere Erkundungen von 1997 und 1998 zeigen, daß von insgesamt 21 internationalen Organisationen Finanzmittel, Hilfsgüter und Lebensmittel zur Unterstützung von Roma in Bulgarien im Wert von 1,850 Millionen Leva gespendet wurden, die nicht im vollen Umfang zu den Roma gelangten.

Es gibt viele von den Roma selbst eingetragene Stiftungen und Vereine. Allein in Plovdiv sind sie mehr 40. Es gibt etwa 400 Stiftungen, Vereine und Gesellschaften der Roma, doch nur ein geringer Teil setzt sich für die Unterstützung der Roma ein. Einige der wichtigeren Organisationen sind: die FRGO, das Zentrum für Minderheiten und interkulturellen Beziehungen, die Interethnische Initiative für Menschenrechte, die SEGA, die Stiftung „Offene Gemeinschaft“, die Programme „Roma und Zivilgesellschaft“.

Die Einrichtung eines Öffentlichen Nationalrates wäre dringend notwendig, der einerseits für die Transparenz der Hilfszustellungen sorgen könnte und andererseits einen positiven Faktor in der bulgarischen Öffentlichkeit bei der Lösung gesellschaftlicher Probleme darstellen würde.

5. Vertretung der Roma

5.1. In politischen Parteien und Organisationen

In Bulgarien bestehen elf eingetragene politische Parteien der Roma, trotz des Verbotes zur Gründung politischer Parteien auf ethnischer Basis in Artikel 11 der Verfassung. Einige der Parteien und Organisationen:

(a) Die „*Demokratische Union der Roma*“. Im Jahre 1990

wurde die Eintragung dieser Union verweigert, doch das Oberste Gericht wies die Verweigerung zurück und die Union wurde als politische Partei eingetragen.

(b) Der „*Demokratische Kongress*“ (mit Sitz in Ispirich) mit Ramadan Raschid an der Spitze, wurde 1997 eingetragen. Die soziale Basis des „Demokratischen Kongresses“ bilden die türkischen Roma.

(c) Die „*Assoziation der Euro-Roma*“, deren Leiter der Geschäftsmann und Abgeordnete Zvetelin Kantshev ist. Sie hat eine Vereinbarung über Gemeinschaftsaktionen mit der „Bewegung für Rechte und Freiheiten“ (BRF) geschlossen und wird von der Bulgarischen Eurolinken unterstützt.

(d) Im Jahre 1999 wurde die Partei „*Zukunft*“ mit Russi Golemanov an der Spitze (mit Sitz in Sliven) eingetragen, die prosozialistisch orientiert ist. Sie vereint die Roma aus Südostbulgarien.

(e) Die Partei „*Freies Bulgarien*“ mit Angel Raschkov an der Spitze wurde 1999 ins Leben gerufen und wird von der Union der Demokratischen Kräfte (UDK) unterstützt.

(f) Die „*Partei der demokratischen Entwicklung*“ mit Ivan Kyrov an der Spitze wurde 1999 gegründet.

(g) Die Roma-Union „*Kupate*“

(h) Der Roma-Verein „*Rettung*“.

Anfang Februar 2000 trafen auf Initiative von Toni Nikolov, Leiter der Roma-Bewegung „Rettung“, die Leader von 21 Organisationen zusammen, um eine Vereinbarung zur Zusammenarbeit abzuschließen. Sie erklärten, daß sie ein Wahlabkommen mit jenen politischen Kräften schließen würden, die folgendes garantieren: (a) Die Aufstellung von Roma Kandidaten und (b) die Reservierung einer Quote von Sitzen für Roma in der staatlichen und kommunalen Verwaltung.

Es ist durchaus möglich, daß in den kommenden 2 bis 3 Jahren eine einheitliche ethnische Roma-Partei gegründet wird, sofern sich die sozialen und politischen Verhältnisse weiter ungünstig

entwickeln.

5.2. Im Parlament

Die Roma sind über die politischen Parteien äußerst schwach im Parlament vertreten. In der Volksversammlung gab es bis vor kurzem nur zwei Roma – Zvetelin Kantshev, Vorsitzender der „Euro-Roma“ von der Bulgarischen Eurolinken und Assen Christov von der UDK.

5.3. In der Regierung

Die Regierung hat insbesondere in den Monaten vor den Wahlen verstärkt Roma in diversen Ministerien, Ausschüssen und Dienststellen eingestellt. Erwähnt sei die Einstellungen folgender Roma als Experten:

Peter Anastassov und Josif Nunev im Referat für ethnische Angelegenheiten beim Ministerrat;
Simeon Blagoev als Experte für Roma-Fragen im Kultusministerium;

Vassil Tschaprasov aus Sliven als Experte im Ministerium für Bildung und Wissenschaft. Diese Experten blieben auch nach den Wahlen in ihrer Funktion.

5.4. In der kommunalen Verwaltung

Insgesamt wurden 23 Roma zu Koordinatoren für Romafragen in den Gemeinden ernannt. Drei Roma sind in den Gebietsregierungen tätig.

Um rund ein Drittel ist die Zahl der Roma gestiegen, die bei der Polizei, im Sicherheitsdienst und in Security-Firmen tätig sind. Am häufigsten ist das in Sofia, Plovdiv, Botevgrad, Pleven und Montana der Fall.

Im Jahre 2001 wurden von der Friedrich-Ebert-Stiftung und der Janko-Sakasov-Stiftung Seminare (in Stara Zagora und Varna) abgehalten, auf denen die Möglichkeit einer Aufnahme von Roma in den kommunalen Verwaltungen erwogen wurde.

6. Medienberichterstattung zur Situation der Roma

In der bulgarischen Öffentlichkeit hat noch keine ernste Debatte über die Situation der Romagemeinschaft stattgefunden. In der Presse und in den Medien läuft zwar eine Diskussion darüber, allerdings wird sie tendenziös geführt. Es stellte sich heraus, dass der bulgarische Journalismus, anstatt den Prozeß der Integration der Roma in die bulgarische Gemeinschaft zu fördern, dies eher behindert. Dies tut er durch eine negative Schilderung der Lage der Roma in den Zeitungen, wobei ein Großteil der entsprechenden Publikationen eine gewisse Tendenziosität aufweist und einige Artikel beinhalten auch offen rassistische, ja sogar neonazistische Auslegungen.

Dagegen wird in den Sendungen des Bulgarischen Nationalen Fernsehens (BNT), im Sender „Sieben Tage“ und „Neues Fernsehen“ über die Lage der Roma etwas neutraler und wohlwollender berichtet.

Mirjana Radakovic Romanies in Croatia

1. Share of national and ethnic minorities in the total population

According to the 1991 census 16.9% of the population declared themselves as members of ethnic minorities. Croats make 78.1% of the population. A large number of different ethnic minorities live in Croatia, 16 out of which are organized minorities.

Systematic monitoring of the Romany problem requires, among other things, real accessible information on their number. According to the last 1991 census data, Croatia officially has 6,695 Romanies, which makes 0.14% of the total population. According to the same census, the number of people proclaiming the Romany language to be their mother tongue was 7,657. However, this number has also been questioned several times by international organizations as well as the Romany associations themselves. Experts from the Council of Europe have estimated that the number would more likely range between 30,000 and 40,000, while the Federation of the Romany Associations in Croatia has estimated the number would rather fit in between 60 and 150 thousand. According to the data from an article published in London's „The Economist“ from March 1999, the Romany make 1.3% of the total population in Croatia. If the trends in the Romany population are compared to some other autochthonous ethnic minorities in Croatia, an increase in the number of the Romany can be perceived from 1948 to 1991. According to the census, only 51% of the Romany in Croatia are natives (3,410) while the others came to settle here in the period between 1986 and 1991. The greatest number of the Romany live in the Međimurje county, 2,957.

2. The socio-economic situation of the Roma population

The Roma population is exposed to almost all forms of marginalization. A marginal person is the one who is forced to live in two societies and two cultures not fully belonging to either. If this definition is broadened to social groups, marginal groups would then imply those not fully participating in essential social processes. These are: the poor, the unemployed, the elderly, racial or ethnic minorities, the disabled. It is very difficult to claim with certainty to which extent the Romany are susceptible to marginalization. There is no systematic monitoring (apart from some minor sociological studies) of the marginal position of Romany in the society.

According to the existing data, their problems are: standard of living and housing, high unemployment, high percentage of illiteracy, low percentage of children included in the school system. A considerable number of the Romany live in the peripheral parts of villages and towns, below the basic health, hygienic, sanitary and housing minimum. According to the 1991 data, 3,367 members of the Romany population lived in towns and 3,328 in other settlements. Their economic status is due to their educational and professional unpreparedness and lack of qualifications. Most members of the Romany community work only occasionally or are unemployed. Their income is sporadic and they often have several different sources of income (if they do).

Romany children are practically not included in pre-school education. Romany schools (bilingual teaching, subjects from the national culture) do not exist. In the school system there are no Romany teachers or those who could speak Romany. Apart from a Romany textbook published by a Romany association (and which, as such, is not officially in use) there is nothing else.

Romany school children attend the classes in the Croatian language along with other children but only up to 10% of Romany children eventually finish elementary school. Very few of them continue to attend secondary school. In 1994, certain non-institutional initiatives were launched, such as the Summer School for Romany children in Croatia. It was organized by the Federation of Romany Associations in Croatia, the Committee for the Pastoral Work with the Romany of the Croatian Bishops' Conference, with assistance of the Ministry of Education and Culture.

3. Legal framework for exercising the rights of ethnic minorities and for the protection from ethnic and racial discrimination

The Republic of Croatia has signed and ratified about 40 international (UN and European) conventions, pacts and charters. Besides, it has accepted all major international documents and instruments (about 30 declarations, OESS documents and regional charters), whose principles it allegedly builds into the laws and practice of its government bodies and state institutions. At the level of international community and U.N., an attempt at solving the problem of protecting ethnic minorities through general protection of human rights and implementation of the principle of the right of all nations to self-determination has proved insufficient in view of non-recognition or violation of rights and liberties of ethnic minorities around the world. Therefore, beside protection of basic human rights individual provisions on minorities are being introduced into certain international documents. That is how Article 4 of the International Convention on eliminating all forms of racial discrimination condemns all promotion and activity of the organizations founded on the ideas of ethnic or racial superiority, while Article 6 guarantees everyone equality before the law regardless of the race, colour, national or ethnic background. The International Pact on Citizen and Political Rights

binds by its Article 2 the state members of the Pact to respect and provide all individuals in its area subject to its jurisdiction with the rights recognized by this Pact regardless their differences, such as those of race, colour, sex, religion, political or other beliefs, national or social background, or any other circumstance.

For the exercising of the rights of ethnic minorities the Framework Convention on the Protection of Minority Rights is significant. It was adopted in 1994 at the 95th Council of Europe Ministerial Meeting. It was opened for signing from January 1, 1995. Its goal is to determine legal principles which state members of the Council of Europe are bound to respect with the purpose of securing the protection of ethnic minorities. The Convention provisions refer to the ban of all forms of discrimination, to the creation of real equality, the strengthening of the conditions necessary for the preservation and further evolution of their culture, language, religion, tradition and so on. It should be emphasized that this document does not solve either the issue of defining the minority concept. It is envisaged that the implementation of the principles quoted in the Framework Convention should be realized through legislation and an appropriate government policy of the signatory states. All this puts the utmost emphasis on the protection of the individual – a member of an ethnic minority, whose rights are exercised individually as well as in the community with other members of the group.

Apart from the Framework Convention, another contribution to the protection of minority rights, the European Charter on Regional Languages and Minority Languages, was adopted in June 1992, stressing as a non-suspendable right the right to use one's regional language or minority language privately or publicly.

According to the Constitution of the Republic of Croatia (Article 133), international agreements reached and confirmed in accordance with the Constitution, and published, make part of the internal legal order, and according to the legal power they are positioned above the law. Therefore, they are directly applicable for the courts and other government bodies in the Republic of Croatia. The Constitution of the Republic of Croatia, as the highest legal act in its original foundations says: „(...) *The Republic of Croatia is established as a national state of the Croatian people and the state of the members of autochthonous ethnic minorities: Serbs, Czechs, Slovaks, Italians, Hungarians, Jews, Germans, Austrians, Ukrainians, Ruthenians and others, who are its citizens and to whom equality with the the citizens of the Croatian nationality is guaranteed as well as the exercising of ethnic rights in accordance with the democratic norms of the U.N. and the countries of the free world.*“. Thus formulated original provisions of the Constitution of the Republic of Croatia are the result of the changes of the Croatian Constitution voted in December 1997. Slovenians and Muslims have been left out of the original constitutional provisions, the term of „autochthonous“ ethnic minority has been introduced, and Austrians, Germans, Ukrainians and Ruthenians have been introduced among ethnic minorities, which was not the case in the former version of the original provisions.

- Article 14 of the Constitution pronounces the equality of everyone before the law, regardless of their race, colour, sex, ethnic or social background, etc.
- Article 15 of the Constitution guarantees equality to the members of all ethnic minorities. It also guarantees the freedom of expressing ethnic affiliation to all ethnic minorities.
- Article 39 of the Constitution forbids and declares as punishable every invitation or incitation to war, use of violence, ethnic, racial or religious hatred or any other form of intolerance.
- Through Article 106 of the 1998 Penal Code the violation of equality of all citizens is sanctioned and those denying or limiting

a citizen's right to expressing their ethnic affiliation and cultural autonomy, use of language and script, are to be punished.

- By Article 174 of the Penal Code punishment is prescribed for those limiting the citizens' rights and liberties through discrimination, as well as for those spreading the ideas of superiority of one race above another and also those spreading racial hatred and discrimination. There used to be a penal provision, by which spreading ethnic and religious hatred is punished, but it has been eliminated (former Article 240 of the old Penal Code).

- The Labour Act bans discrimination in the employment area.

Through thus set international and domestic legal framework, the Romany are guaranteed rights as the members of an ethnic minority as well as the people who are legally staying or living in the territory of the Republic of Croatia, as its citizens or as foreigners. However, it only remains to be seen whether it works that way in practice.

So far, according to my personal experience and knowledge, the people of the Romany origin have had most problems in the following cases:

On the occasion of submitting a demand for obtaining the Croatian citizenship, regulating the status of a foreigner, regulating the temporary or permanent residence registration, exercising their right to health care and the right to social welfare.

In the first case, the fault lies with the discriminatory provisions of the Law on Citizenship, according to which the priority in obtaining the citizenship is given to ethnic Croats. Stricter criteria are envisaged for those who are not ethnic Croats. The conditions such as a five-year permanent residence and knowledge of the Croatian language and script have been a major obstacle for a part of the Romany population when trying to obtain the status of a citizen of the Republic of Croatia.

In the cases where the Romany were supposed to regulate their

status in Croatia as foreigners, legal provisions supposed to regulate this area offered the police large space for abuse.

The Law on movements and stay of foreigners is still full of vague spots and uncoordinated with international standards. Reasons for termination of residence and stay to foreigners envisaged by that law are few and too general. In this way a possibility is opened to explain the provisions overextensively or too freely. In the same way there is no clear differentiation of the cases in which a foreigner will be allowed to stay in Croatia until the final decision regarding his appeal from those cases where the decision on the termination of stay (expulsion) can be executed immediately as it is estimated necessary for the sake of public order or is based on the reasons of government bodies (see the opinion of experts of the Council of Europe).

An inability to obtain citizenship or to regulate the status of a foreigner have been an obstacle in exercising other rights such as a right to health care, social welfare. An especially delicate issue is exercising the rights of Romany children. They often have not been able to exercise their rights guaranteed by the Convention on Children's Rights and by Croatian legislation because their parents have no citizenship or are unknown (on the basis of the register of births, marriages and deaths).

Apart from being forced to overcome legal obstacles, the Romany have often been exposed to illegal treatment by government services. Lack of sensibility on the part of the state administration, some social work centers, part of police officers, Government Office for Ethnic Minorities, can be documented by a large number of cases, recorded by the Romany themselves as well as the activists of home and foreign human right organizations. The issue of availability of a lawyer, as well as the issue of efficiency of court protection of their rights is yet another obstacle to the exercising of the rights of the Romany.

Regardless of the possibility that they could, as a socially threatened population, require and get free representation and legal assistance of a solicitor through the Bar Association, they mostly do not know about it or have problems gathering documents needed for submitting the application.

Although discrimination on the basis of race, colour or ethnic affiliation is forbidden by law in Croatia, it does not mean there is none. However, collecting evidence that the behaviour of a civil servant or private person was discriminatory has so far in this country proved to be a very difficult job (if one can judge on the basis of the experience of the Serbian minority, which has so far been exposed to discrimination most and, besides, I still do not know any case brought to the court nor have I heard that somebody has been found guilty).

4. Special programmes for economic and political integration

For the time being there is **no** special programme for socio-economic and political integration of the Romany. Early 1998 saw the beginning of a programme for including Romany children in the educational system of the Republic of Croatia. In the same way since mid-2000 a national development programme for the Romany in the Republic of Croatia has been hastily prepared. Neither programme makes progress according to the expectations.

In view of the international standards it accepted, the government of the Republic of Croatia elaborated a model of exercising the rights of ethnic minority members. It should secure to the members of ethnic minorities the preservation and development of their ethnic, cultural, linguistic and religious identity, either individually or through association with other citizens. According to this model, the members of ethnic minorities exercise most of their ethnic rights through regular institutions of the system (in

this way the integration principle is achieved). Only part of ethnic rights are exercised through the activities of various ethnic minority associations (protection from assimilation is thus additionally provided).

5. Political rights of the Romany as the members of an ethnic minority

Political marginalization of the Romany has not been systematically investigated yet. On the basis of the law on the election of representatives into the Croatian Parliament, ethnic minorities have a right to a certain number of representatives.

In view of a small share in the total population, the Romany are represented in the Parliament through representatives of other ethnic minorities. At the Parliament there is a Committee for Human Rights, within which there is an active subcommittee for exercising the rights of ethnic minorities. The Romany have their member in it.

As for the representation at the local level, there are no representatives of the Romany as a minority, although in certain regions of Croatia they make a notable minority (for instance, in the Međimurje County – 1.6% of the total population in the region). At the level of the Croatian government, there is not a single Romany.

There are 17 Romany associations registered and operating in Croatia, 14 of which are Zagreb-based. The government finances their cultural, publishing and youth programmes through its Office for Ethnic Minorities. The Office was established in 1991 and should work on the development and improvement of minority rights. There is no special programme originating from the Office but the Romany associations propose their programmes by means of which the position of the Romany population should be improved. Some Romany associations publish magazines in the

Romany language, and some organize pre-school activities for Romany children.

In 1997 the Council of Minorities was established in Croatia, which – as a non-government organization – cooperates with representatives of ethnic minorities in the Croatian Parliament. The Council is made of 14 representatives of ethnic minorities, among whom the Romany representatives, too. The main part of the Council's activities are directed to legislation proposals directed to the improvements in the position of minorities. Certain measures have also been proposed for the improvement of the position of the Romany, but they have not for the time being been accepted by the government.

In the past year Croatia has been preparing a law on decentralization of local government and self-government, amendments have been prepared for the recently adopted Constitutional Law on Human Rights and Ethnic Minorities, and for June 2001, local elections have been announced. One should believe the situation may then change for the better. Although the Romany Party of Croatia is registered in Croatia, its political influence is negligible in view of the number of the Romany and the membership of the party.

6. The Romany issue in the media

In the past ten years „speech of hatred“ has often been present in the Croatian media. However, it seems that the attitude of the media to minorities is slowly returning to the normal. The Romany are mostly shown in the media through articles and news on various criminal or minor offences which they have allegedly committed (bombastic headlines with an obligatory remark the key figure is a member of the Romany population). On the Croatian Television there is a programme dedicated to ethnic

minorities („Prizma“). TV reports on the Romany are also published, and they are correctly made. Apart from the „crime and disaster page“, the Romany are even not present in the other columns of the papers.

The issue of minorities as a problem and cause of particular tension in the society has so far been mainly connected with the Serbs, and partly Bosniacs. The Romany are probably not seen as a threat by the Croatian nationalists.

They are, however, a common target of skinheads. Ordinary citizens do not quite like having them in their neighbourhood. Similarly, they do not like their own children to be seated in the class with Romany children (segregation of the little Romany in a school in the Međimurje region). The police does not try very hard to protect their rights.

Conclusion

All the above mentioned leads me to the conclusion that regardless of the non-existence of court decisions on the discrimination of the Romany, and non-existence of major reports with concrete data of violations of personal and minority rights of the Romany, the situation is far from satisfactory. Although there are no precisely documented reports on their discrimination, the government is bound to implement the measures of „positive“ discrimination of the Romany for the next ten years at least so that their integration would be encouraged and the visible marginalization in the Croatian society alleviated. The excuse that the whole society is in a social and economic crisis cannot be accepted. That is precisely the time when the Romany, as a specific ethnic minority and marginal group, are threatened most.

Literature:

Journal „The Romany in Croatia today“ (Center for direct protection of human rights, Zagreb 1998).
Review „Social studies“, no. 46-47 (Institute of social sciences Ivo Pilar, Zagreb 2000).
Human Rights – A Compilation of International Instruments (UN, Geneva 1994).
Constitution of the Republic of Croatia (December 2000).
Constitutional Law on human rights and liberties and the rights of ethnic and national minorities in the Republic of Croatia (N.N. no. 65/91, 27/92, 34/92 – purif. text, 68/95 and 51/2000).
Documents of the Council of Europe.
Report of the Republic of Croatia on implementation of the Framework convention for protection of ethnic minorities (Croatian Government, Zagreb, January 1999).
ECRI Report for Croatia, 1999.

Goran Bašić⁴⁷

The Roma in Yugoslavia

1. National and ethnic minorities in Yugoslavia

According to the census from 1991 in the Federal Republic of Yugoslavia lived a population of 10,349,026 of which 6,504,0048 (62.6%) Serbs, 519,757 (5%) Montenegrins and 349,714 (3.4%) Yugoslavs as „constitutive“ nations.

Members of national and ethnic communities made 29% of the population of the Federal Republic of Yugoslavia. According to the estimate made because of the boycott by the Albanians in Kosovo and Metohija and in the municipalities of Presevo and Bujanovac in southern Serbia, the Albanians make 16.5% (1,714,768) of the population of FR Yugoslavia. The estimate was made on the basis of the census results from 1981 (there had been 1,340,769 Albanians on the territory of the present FR Yugoslavia) and the data on the natural increment.

The Hungarians whose population resources are 3.3% (344,147) compared to the total population are mostly settled in the north of Vojvodina where they make the majority population in seven municipalities. The Bosnians, which there had been 3.2% (336,025) inhabit Sandzak (the Raska region) where they have an absolute majority in three municipalities. There are, as already stated, 1.4% (143,519) Romanies and 1.1% (111,650) Croats mostly in Vojvodina and in Boka (Montenegro). Members of all other national minorities make 4.5% of the total population and none of them exceeds 0.6% of the population of the Federal Republic of Yugoslavia.

⁴⁷ Senior Adviser in Federal Ministry of National and Ethnic Community, expert in Roma issue

Nationalities in FR Yugoslavia according 1991 Census

Nationalities	FRY	Montenegro	CeC Central Serbia	Vojvodina	Kosovo
Total	10.394.026	615.035	5.808.906	2.013.889	1.956.196
Serb	6.504.048	57.453	5.108.682	1.143.723	194.190
Montenegrins	519.766	380.467	74.096	44.838	20.365
Yugoslavs	349.784	26.159	145.873	174.295	3457
Albanians	1.714.768	40.415	75.725	2556	1.596.072
Bulgarians	26.922	46	24.335	2363	178
Vlachs	17.810	3	17.672	132	3
Hungarian	344.147	205	4309	339.491	142
Macedonian	47.118	1072	27.596	17.472	978
Muslims	336.025	89.614	174.371	5.851	66.189
Roma	143.519	3282	70.126	24.366	45.745
Rumanian	42.364	33	3507	38.809	15
Ruthenians	18.099	26	400	17.652	21
Slovaks	66.863	65	3227	63.545	26
Turks	11.263	28	603	187	10.445
Croats	111.650	6244	22.536	74.808	8062
Others	44.244	1906	15.754	18.944	7640

Statistical Yearbook of Yugoslavia, 1995, Federal Statistical Office, Belgrad.

Total number, growth index and relative share of the Romanies in the population of Yugoslavia in the censuses from 1948, 1953, 1961, 1971 and 1981.

Census year	Total Romanies	Share in the population of Yugoslavia
1948	72,736	0.5
1953	84,713	0.5
1961	31,674	0.2
1971	78,485	0.4
1981	168,197	0.7

Milutin Prokiae, Vladimir Stankoviae, Jovanka Jankoviae, Census as a source for information on the Roma. In M. Macura, ed.: Social Change and Position of Gypsies, SASA, 1993. p. 186.

According to the census from 1991 the number of members of the Roma nationality dropped from 168,099 to 143,518 persons (3282 Romanies registered in the Republic of Montenegro; in the Republic of Serbia 140,273 individuals have declared themselves as belonging to the Romany population of which 24,366 lived on the territory of Vojvodina, 45,754 in Kosovo, and 70,126 in central Serbia).⁴⁸

There are no reliable data in the Federal Republic of Yugoslavia on the actual number of the Roma, and the following can be estimated according to the secondary sources: Research published by Tatomir Vukanovic in 1980 and 1981 made in the ten urban settlements in Central Serbia and 9 settlements on Kosovo and other urban settlements in the Republics of the former Yugoslavia indicate that on the territory of the former Yugoslavia lived more than 600,000 Romanies. As the greatest percentage of the Roma lived on the territory of the Republic of Serbia it can be estimated that approximately 500,000 Romanies live on the territory of the present Yugoslavia. According to the research made by Srdjan Vukadinovic (1999/2000) there are permanently inhabited 21,000 Roma in seventeen municipalities in the Republic of Montenegro, which is three times more than the data obtained on the basis of the last census. Another 10,000 Romanies displaced from Kosovo are currently living in Montenegro. The estimates made by experts (Liègeois, Gheorghe) and the Romany activists (D.Ackovic, R. Djuric) are also close to the number of 500,000 Romanies living in Yugoslavia.

⁴⁸ Source: *Population, Census 1991; National affiliation*, Federal Bureau of Statistics, Belgrade 1993.

The regional distribution of the Roma in Serbia is a significant indicator for the understanding of certain issues about the position and life of the Roma. It is important because of the historical circumstances as well as the way of life, that is, degree of integration of the Roma in the society, but also the upgrading of their social and economic position: the greatest number and concentration of the Roma is to be found in the South Morava (4.2%) and the Niš (1.4%) region.⁴⁹ In some municipalities in this region Surdulica, Bujanovac, Bojnik, Vladicin Han, evaluated on the macro level as economically underdeveloped, the share of the Romanies in the total population goes up to even 1/3. The main demographic characteristics of the Roma population are the high natality rate which, according to the last census made on the entire territory of the Federal Republic of Yugoslavia had been 25.2 whereas the total natality rate for the entire population had been 16.5. According to the data from 1991 the mortality rate dropped to a relatively low level of 6.2%, and the natality rate remained at the high level of 25%, whereas the rate of natural increment ranged at 20%.⁵⁰

2. The economic and social situation of the Roma population

2.2. Social and economic situation

The main characteristics of the social and economic position of the Romanies is the low level of economic activity and high degree of unemployment. The census in 1991 had established that 37,646 persons, i.e. 27.2% among the Romanies are active. The low level of economic activity of the Romanies is a result of barriers

in finding jobs and demographic factors (the Romany population is a very young population in which the active population, over the age of 15, is 58.3%). The rate of economic activity is a vital indicator of the exclusion of the Romanies from the main economic and social courses because the low economic activity of the population, young age structure of the population and great share of the non-self supporting population are causes for maintaining and deepening of the social and economic differences between the Romanies and the majority nation.

A high unemployment rate of 38.3% is characteristic for the Romanies whereas, according to the subject Census the unemployment rate at the level of Serbia had been 9.8%. The high unemployment rate of the Romanies is affected beside the undifferentiated social and professional labor structure and other characteristics of the job offer such as the low education level (90% of the active Romanies are practically stuck with the secondary or non-profit professions), increased competition on the labor market for the non-qualified professions caused by the general impoverishment of the population, raised requirements of the scientific and technological development which the Romanies cannot fulfill adequately.

2.3. Education

The Romanies are an ethnic group with the greatest illiteracy percentage in Yugoslavia - 34.8%, in addition to that, the greatest number of people with unfinished elementary school - 78.7% is to be found among the Romanies. Furthermore, just 0.4% Romanies have acquired university level education.⁵¹ At the pre-school age the Romany children do not have contact with the children from the other ethnic groups so that they enter the

⁴⁹ Vladimir Stankovic, *Roma in the light of Yugoslav statistics*. In M. Macura, ed.: *Development of Roma in Yugoslavia - problems and tendencies*, SASA, Belgrad, 1992, p. 178.

⁵⁰ *Ibid*

⁵¹ Aleksandra Mitrovic, *The Possibilities of Integration of Roma Children in Educational System* In M. Macura, ed.: *Gypsies/Roma in the past and present*, SASA, Belgrad, 2000, p. 161.

education process unprepared and with poor knowledge of the language of the majority in which the instructions at schools are conducted. Due to the lack of knowledge of the language and because of the low level of socialization the Romany children are often sent to **special schools** which is a specific form of discrimination.

The problem of integration of the Romany children in the educational system is the greatest obstacle to the successful integration of the Romanies: they are not included in the work process because they are not educated, and they are not educated because they do not have the necessary conditions for it. The poor Romany family left with the primary care about these two problems cannot solve them with success without the support of the society and an integral government program.

2.4. Displaced persons from Kosovo (forced migration)

There is a specific problem of the great number of displaced Romanies from Kosovo about which there is not even an approximately accurate record, nor systematic social care. Their accommodation was relinquished to the Romany families and collective centers where the conditions of living are also inappropriate. It is estimated that there are some 70,000 Romanies from Kosovo staying in Serbia without a regulated status, residence, often without documents and property, and living mostly from humanitarian aid, begging and dealing in the professions in the sphere of „gray economy“.⁵²

3. Law on Minorities or standards regulating the ethnic discrimination

After the victory of the Democratic Opposition of Serbia (DOS) at

⁵² Jovan Živković, The Destiny of Roma from Kosovo. In: Facta Universitates, Vol 2, No. 8, Niš, 2001. p. 527.

the elections in September 2000 and the constitution of the democratic power in November 2001 a Ministry of National and Ethnic Communities was formed which has started an initiative for passing of the Law on Legal Rights of National and Ethnic Communities. A team of experts has been engaged which is trying to formulate the draft of the Law in accordance with the international standards and specific needs of the minority population in the country.

The existing constitutional legal system of FR Yugoslavia (Constitution of the Federal Republic of Yugoslavia, Constitution of the Republic of Serbia and the Constitution of the Republic of Montenegro) recognize the following freedoms and rights to the members of national and ethnic minorities:

- Only the Constitution of the Republic of Montenegro (Chapter on civil freedoms and rights) systematizes as a special group special rights of the members of national and ethnic minorities (Art. 67 to 77).
- The principle of equality, regardless of the national affiliation is guaranteed by the Constitution of FR Yugoslavia (Art. 20); Constitution of the Republic of Serbia (Art. 13) and Constitution of the Republic of Montenegro (Art. 14).
- Freedom of declaration of national affiliation is guaranteed by the Constitution of FR Yugoslavia (Art. 45) where this right is guaranteed as a special right. In the Constitution of the Republic of Montenegro (Art. 34, para 2) this right is exercised with the freedom of conviction and conscience, and in the Constitution of the Republic of Serbia with the freedom of expression of national culture and freedom of use of the language and script (Art. 49).
- The citizens are not obliged to declare their national affiliation (Art. 46 of the Constitution of FR Yugoslavia, Art. 49 of the Constitution of Serbia and Art. 34 of the Constitution of Montenegro)
- The right to an education in the native tongue is foreseen in principle by the Constitution of FR Yugoslavia (Art. 46), the

Constitution of Serbia (Art. 32) and Constitution of Montenegro (Art. 68), and the actualization of the constitutional provisions had been rendered to the legislative practice. (The right to education in the languages of the minorities is effectuated in the Albanian, Bulgarian, Hungarian, Slovakian, Roumanian, Ruthanian language and in several schools in the first grade of elementary school in the Romany language, and is regulated by the relevant provisions of the Elementary School Law, Secondary School Law and the Statute of the Autonomous Province of Vojvodina).

- The right to information has also been elaborated in the Constitutions of FR Yugoslavia (Art. 46) and Montenegro (Art. 68) whereas in the Constitution of Serbia there are no provisions regulating to this matter.
- Right to official use of the language is foreseen by all three Constitutions and elaborated in the following way: by the Law on Official Use of Language of the Republic of Serbia, Art. 3, „In the areas of the Republic of Serbia in which member of nationalities live the Serbian language and the languages and scripts of nationalities are used simultaneously in a manner foreseen by the present Law” and the Statute of the Autonomous Province of Vojvodina, (Art. 10) „provides the official use parallel with the Serbocroatian language of Hungarian, Slovakian, Roumanian and Ruthanian languages and their script and the languages and scripts of other nationalities, in a manner foreseen by the Law”. Furthermore, Article 12 of the Law on official use of the language stipulates that the administrative, criminal, litigation or any other proceedings of first instance are conducted in Serbian language and can be conducted in the language of the minority which is in official use.
- The right to establish and develop mutual relations of the members of national minorities is guaranteed by the Constitution of the FR Yugoslavia (Art. 48) and the Constitution of the Republic of Montenegro (Art. 47). The contents of rights include:

cooperation within the boundaries of FR Yugoslavia; cooperation outside the boundaries of FR Yugoslavia with the members of the same nation living in other countries; right to turn to international institution for protection of their rights.

- The right to found educational and cultural organizations and associations is guaranteed by the Constitution of FR Yugoslavia (Art. 47) whereas the Constitution of Montenegro regulates also the issue of foundation of religious associations (Art. 70).
- Financing of the work of organizations and associations is regulated by the Constitution of FR Yugoslavia (Art. 47) and the Constitution of the Republic of Montenegro (art. 70), however, there are differences in the approach to this right because the Constitution of Montenegro guarantees the financial help for the work of associations, whereas the federal Constitution determines as the basic principle of financing the principle of voluntarity and foresees the option for the minority organizations to receive financial aid from the state.
- The Constitution of FR Yugoslavia under Art.50 considers unconstitutional and punishable provoking and instigation of national discrimination and intolerance.
- All three Constitutions FRY, Art. 42; Serbia Art. 44; Montenegro Art. 42) forbid the activities of political, union and other organizations that would be aimed at causing national intolerance and hate.
- The Constitution of the Republic of Montenegro foresees also the rights that have not been regulated by the federal Constitution and the Constitution of the Republic of Serbia: protection of identity (Art. 67), exhibiting national symbols (Art. 69), introduction in the curriculums of courses pertaining to the study of national history and culture of minorities (Art. 71), proportional presence in the public services and state government and local government authorities (Art. 73). Finally, the limits for the rights of national and ethnic minorities in Montenegro are the Constitution, the principles of international law and the principle of territorial integrity (Art. 75).

4. Special programs for the integration of the Roma population

There is **no** integral program in FR Yugoslavia of social and political integration of the Romanies. As far as the author of this paper knows there is a Program of Integration of the Romanies being prepared by the experts of the Ministry of National and Ethnic Communities of the Government of FR Yugoslavia.

The author of this paper has proposed a program of social and political integration of the Romanies which implies work on solving the problems in the following fields: Political status of the Romanies (recognition of national minority status); Social and economic policy; Primary and preventive health protection; Education; Housing; Culture and information; Affirmative action measures; Founding of a Social Office for Integration of the Romanies which by shifting activities to lower levels of decision-making would act both on the regional and local level, where the Romanies would also work in a significant percentage beside the professionals and state administration representatives. The work and the programs of individual Romany non-government and humanitarian organizations are supported by international organizations, however, there is not a unique program and strategy in that respect either.

5. Romany organizations / Romanies representation in the Parliament, government or the communal administration

There is no significant presence of the Romanies in the state and local government bodies:

There is a Romany, a legal expert, employed in the position of advisor for Romany issues at the Ministry of National and Ethnic Minorities of the Government of FR Yugoslavia.

There is a Romany at the local government level who is a delegate in the Belgrade municipality of Mladenovac, and another who is a Deputy Mayor in Nis. It is interesting that they were not chosen for delegates from the list of Romany political parties but from the list of the Civil Union of Serbia, that is, DOS.

6. Presentation in the media

It should be mentioned that there are media in FR Yugoslavia in the Romany language (TV and radio shows in Novi Sad, Nis and in minor regional centers) whose editorial policy is mainly oriented towards the creative cultural work and current news related to the Romanies. The papers in Romany languages are the Romano lil (Our Word) published every three months and sporadically the Children's Newspaper. The other papers that had been published until the displacement of the Romanies from Kosovo which were being published in Pristina and Gnjilane (Kosovo), as well as TV and radio programs on the Pristina television have been extinguished.

In the media of the majority (numerous televisions, radio stations, daily and weekly papers and magazines) sympathy is shown for the numerous problems of the Romanies and the reports are mostly affirmative. It can be seen that the reports have become more frequent after the breach of the Romany rights or covering cultural, scientific and public events devoted to the Romanies. At the relative peaceful times there prevail texts and positions expressing the stereotypes and prejudices the members of the other ethnic communities have with respect to the Romanies.

Conclusions

The effective standards of protection of minorities developed in the documents and instruments of the European regional organizations of the European Council and the Organization for

the European Safety and Cooperation as mechanisms of bilateral understanding have not been developed and implemented in the Yugoslav effective legal system.

Although the former Yugoslavia had been an active factor in the development of protection of human rights, particularly the rights of the national and ethnic minorities, and its successor, had emphasized in the past decade that the rights of the minorities have been reconciled with the standards of the international law, this is nevertheless not the case.

It is expected that the new government will confirm its democratic orientation and reconciliation with the standard documents and practice with the standards contained in the Final Act from Helsinki, the General Convention for protection of national and ethnic minorities, the Charter on minority and regional languages, recommendations of the High Commissariat for National Minorities and recommendations from Copenhagen, Oslo and Lund pertaining to education, use of language and effective participation of minorities in public life. It is also expected that it will sign bilateral agreements with the neighboring countries which will regulate also the position of the minorities.

It is too early to evaluate the work of the newly established Ministry of National and Ethnic Communities, particularly as the problems related to the inter-ethnic relations the new government is faced with are complex, and the results of work on the elaboration of the Law on the rights of national and ethnic communities is still not accessible to the broader public.

Selected Bibliography

Ackovic, Dragoljub: „Konstitucionalni problemi Roma“ („Constitutional Problems of Roma“). In: Razvitak Roma u Jugoslaviji - Problemi i tendencije (Development of Roma in Yugoslavia - Problems and Tendencies), SANU, Belgrade 1992, pp. 17-24.

Ackovic, Dragoljub: „Problemi obrazovanja Roma“ („Problems of Roma Education“). In: Društvene promene i položaj Roma (Social Change and the Position of Roma), SANU - Institut za socijalnu politiku, Belgrade 1993, pp. 48-53.

Ackovic Dragoljub: Nacija smo a ne Cigani (We are a Nation, not Gypsies), knjiga prva, Rominterpress, Belgrade 2001.

Andrejic, Ljubomir: "Prilog bibliografiji o Ciganima" ("A Contribution to Bibliography on Gypsies"), Glasnik Etnografskog muzeja, vol. 33, Belgrade 1970, pp. 209-270.

Đorđević, Dragoljub B. and Đurović, Bogdan: „An Opportunity for the Roma: Interculturalism in Education“, Facta Universitatis, Series Philosophy and Sociology, 2 (6/2), 1999, pp. 285-292

Jakšić, Božidar: "Displaced Roma from Kosovo in Montenegro", U: Dušan Šimko and Heiko Hausmann (eds), Peace Perspectives for Southeast Europe, pp.71-77, Akademia (Basel University), Basel 2000.

Mirjana Najcevska
Roma in Macedonia⁵³

1. Participation of the national and ethnic minorities in the total population

The global population structure of the Republic of Macedonia is continually multiethnic, with some changes in the percentage of representation of the members of separate ethnicity (which is due either to purely migration or to migration movements and natal changes⁵⁴).

	1953	1961	1971	1981	1991	1994
Total	1304514 100,0	1406003 100,0	1647308 100,0	1909136 100,0	2033964 100,0	1936877 100,0
Macedonian	860699 66,0	1000854 71,2	1142375 69,3	1279323 67,0	1328187 65,3	1288330 66,5
Albanian	162524 12,5	183108 13,0	279871 17,0	377208 19,8	441987 1,7	442914 22,9
Turk	203 938 15,6	131484 9,3	108552 6,6	86591 4,5	77080 3,8	77252 4,0
Roma	20462 1,5	20606 1,5	24505 1,6	43125 2,3	52103 2,6	43732 2,3
Vlach	8668 0,7	8046 0,6	7190 0,4	6384 0,3	7764 0,4	8467 0,4
Serb	35112 2,7	42728 3,0	46465 2,8	44468 2,3	42775 2,1	39260 2,0
Other	13111 1,0	19177 1,4	38350 2,3	72037 3,8	84068 4,1	36922 1,9

⁵³ The Study consists of responses to the CoE Questionnaire drafted in Bucharest, 13.2.2001.

⁵⁴ Population, Census, Vital statistic, Migration, Statistical Yearbook of the Republic of Macedonia 2000, Statistical office of Macedonia.

The most numerous is the Albanian national minority (23% of the total population). They are mainly concentrated in the western part of Macedonia and are mostly rural (67.3% of the Albanian population live in non-urban inhabited places). 49.5% of the members of the Turk, 35.3% of the Serb and 30% of the Macedonian nationality live in non-urban inhabited places, while 82.5% of the Vlach and 94.8% of the Roma inhabit urban areas.

For centuries back, on the territory that the Republic of Macedonia occupies today, have lived people who call themselves Roma, and are called by the members of the other ethnic communities Gypsies. The last 50 years they are permanent inhabitants of mostly larger cities and have abandoned the nomadic way of life characteristic for them in the XIX and beginning of the XX century. Until 1945, the Roma, legally speaking, were not identified as a separate ethnic group on these territories, even though their presence was registered. Afterwards, their presence was monitored by the Population Censuses:

	1953	1961	1971	1981	1991	1994
Total	1304514	1406003	1647308	1909136	2033964	1936877
Roma	20462	20606	24505	43125	52103	47408
	1,5%	1,4%	1,4%	2,25%	2,5%	2,28%

The participation of the Roma in the general population picture, as can be seen from the table above, is steady and largely follows the trends of the global movements in its population picture. The Roma are rather evenly spread out through all the cities in the Republic, but a somewhat greater concentration is noticeable in Skopje, Prilep, Tetovo, Gostivar and Kumanovo.⁵⁵

⁵⁵ Population, Census, Vital statistic, Migration, Statistical Yearbook of the Republic of Macedonia 2000, Statistical office of Macedonia.

⁵⁶ Total population of the Republic of Macedonia according to declared ethnic affiliation, by municipalities, Statistical office of Macedonia.

District ⁵⁷	Total population	Roma
Skopje	28,0%	48,0
Berovo	1,0	1,5
Bitola	5,6	3,9
Vinica	1,0	2,0
Gostivar	5,6	4,9
Debar	1,3	2,5
Kicevo	2,7	3,2
Kocani	2,5	2,5
Kumanovo	6,6	7,1
Prilep	4,8	8,2
Tetovo	8,8	5,6
Stip	2,6	3,3

The dispersion of the Roma population on the territory of the entire country makes the problem worse and, in a way, hinders the bringing of specific positive measures that would be easier in conditions of greater concentration. Furthermore, in the place of their habitation, the Roma are traditionally, especially concentrated in small neighborhoods that accentuates their exclusion. It is interesting that despite their low percentage of participation in separate environments, the members of the Roma minority are not subject to assimilation and deculturalization. They always constitute a separate group in any cultural community and can be treated as such.⁵⁸

The life span of the members of the Roma nationality is shorter than that of the members of some other ethnic communities in the Republic, and there is an obvious decrease of the percentage

⁵⁷ The table is not consisted of enumeration of all the municipalities. Therefore, the total number does not feet.

⁵⁸ Lately, there is certain divergence concerning this assertion. Namely, in some areas of Western Macedonia some persons belonging to the Roma population declared themselves as members of the Albanian minority (probably, in order to improve their socio-economic status).

of presence of the age group of 35 years and older in the total population.⁵⁹

2. The socio-economic situation

In the Constitutions and the overall legislation of the former SFR of Yugoslavia and SR of Macedonia, the Roma were identified as a separate ethnic group and received equal status that guaranteed freedom from discrimination on the basis of their ethnicity and equal chances for the keeping and development of their own culture. The lack of an open discriminatory approach, violent behavior or attempts for forced assimilation is characteristic for Macedonia. There have been no cases of violence that had been caused by ethnic motivations or which would have elements of organized intolerance towards the Roma as a distinct ethnic group.

The behavior towards the members of the Roma population can be characterized as prolonged **ignoring**, both from the aspect of their socio-economic situation, as well as from the aspect of the general and specific cultural and educational needs. This resulted in a factual lack of integration of the members of the Roma population in the society from the aspect of their equal representation in all the societal structures, their participation in the different levels of decision-making, participation in the government, in the cultural life and in the economy. Today, after more than 50 years, they still live in the big cities' suburbs, they are not actively included in the structures of government, they are recognizable by their low life-standard, low educational level, the lack of basic health standards, and instead of their integration in the wider community we could talk of wider

⁵⁹ Within the age group of 40 - 69 years the Macedonians participate in average with 75% while there is a decrease in the Roma participation from 1.9% to 1.1%. In the age group of 70-74 where the Macedonians participate with 79.6% the declination of the Roma's participation goes even further - only 0.78%.

community's tolerance of their presence. It is certain that prejudices exist, and the members of the Roma minority perceive their specific situation very realistically and, even though passively, react to it.

The basic problem of the Roma in Macedonia is to be traced in their socio-economic position, level of education, status placement and problems connected to the traditional cultural aspects of the Romani community.

1.) In the total number of employed persons, the Roma participate with 1% and usually occupy the jobs for which low or no qualification is required. From the total number of employed Roma, only 2% are qualified, or with a more specific example from the total number of Roma employed in education, science and culture 74.5% are with primary education.⁶⁰

In the transitional period, the government of the Republic of Macedonia reduced its affirmative approach to the social issues and limited the expenses for social help (that is, it raised the criteria on which this kind of help was awarded) which reflected itself especially on the members of the Roma population as the most numerous applicants for this type of help.

2.) The second problematic area is education. In the educational map of the Republic of Macedonia, from the total number of Roma above the age of 15, 24% are illiterate, 30% have not finished primary school, while 33% have primary education. 9.2% of the Roma have secondary education (high school) and 0.3% have first degree high or high education (which constitutes 0.08% of the total number of persons with high education in the Republic).⁶¹ In the 1998/99 school year, the enrollment in higher education was 88% Macedonians and only 0.1% were Roma. At the same

⁶⁰ Statistical office of Macedonia.

⁶¹ Official data by Ministry of education and science, for 1999 year.

time, from 569 regular professors in the higher educational structure in the Republic of Macedonia, 528 are Macedonians, and only 2 are Roma.⁶²

From the total number of books and brochures published in the Republic of Macedonia, e.g., from the year 1997, the ratio is: 76% in Macedonian, and, again, only 0.1% in Romani. In the last period, there are some positive steps in the direction of promotion of the Romani language in the schools. For instance, it has been prepared and published a primer, reader and grammar in the Roma language. Also, training for teachers was started in order to prepare them for teaching pupils in classes where the Roma language is instructional one (optional classes). Yet, that does not solve the identified problems of the quantitative inclusion of the Roma population in the educational process in all levels of education.

The low educational level of the Roma is connected mostly to the low standard and material inability of the parents to finance their children's schooling, the early marriage of the female children, the existential necessity of early-on inclusion of the children in the satisfaction of the basic needs of the family, the absence of realistic possibilities of going to school and fulfilling school duties.

The low educational level, together with the ignorance of the system and the lack of information, is the cornerstone of inadequate and incomplete manifestation and satisfaction of the key needs and interests of the Roma population. Very often, inter alia, due to these reasons the members of the Roma minority are the ones that **cannot use the benefits of the social and health protection**, are inadequately treated by the administration (especially the one of the Ministry of Internal Affairs), they appear as victims of acts of open or quiet discrimination in the process of education, consistently keep the lead in illiteracy, and in the

ranking of the lowest life-standard.

3.) Indirectly connected to the low socio-economic status of the members of the Roma nationality and with the ignorance of the possibilities that lay open for them, is the huge percentage of presence of the Roma in the **number of unsolved or negatively resolved cases for gaining citizenship** of the Republic of Macedonia.

In the total number of persons which during the transitional processes, were left factually **without citizenship** (formally these persons have citizenship of one of the republics of the former SFRY) the Roma participate with 23.1%, while they participate with 10.7% in the number of persons with unknown citizenship.⁶³ According to the Law on Citizenship „*Citizens of other republics of the former SFR of Yugoslavia and citizens of the former SFR Yugoslavia who have reported a place of residence in the territory of the Republic of Macedonia may acquire citizenship of the Republic of Macedonia provided that they have a permanent source of income, are of legal age and before the submission of the request they have been legally resident in the territory of the Republic of Macedonia for at least 15 years.*” Thus, a large number of Roma that have been living on the territory of the Republic of Macedonia for more than 20 years (or have even been born on this territory), cannot realize their right to citizenship. Such a large percent is due to the material impossibility of covering the expenses for the procedure of determination of citizenship (in the cases when starting such a procedure was necessary), failure to fulfill the requirement of „regular income” or an adequate living facilities, as well as the administrative ignorance of the members of the ethnic Roma and the failure (from the side of Roma parents) to register the newborns outside the official health institutions.

⁶² Official datas by Ministry of education and science, for 1999 year.

⁶³ The 1994 census, Statistical office of Macedonia, Book I

4.) A special problem that has been actualized by the crisis in Kosovo is the migration of a significant number of Roma from these areas to the Republic of Macedonia. According to incomplete data this number is between 5000 and 6000. Most of these persons are situated in three refugees' camps, and a smaller number is dispersed in families. These persons are registered as temporarily humanitarian assisted persons. This status does not enable them to move through the territory of Macedonia, employment and other basic rights and freedoms. Most of them live in conditions below the standards, without a minimum of food and health protection,⁶⁴ with very limited conditions for schooling their children. The expected prolonged presence of the Roma from Kosovo on the territory of the Republic of Macedonia is perceived as a distinct problem that directly affects the situation of the Roma in the Republic of Macedonia.

3. Legal Framework

In accordance with the Constitution of the Republic of Macedonia (article 9), citizens of the Republic of Macedonia are equal in their freedoms and rights regardless of sex, race, color of skin, national and social origin, political and religious beliefs, property and social status and all citizens are equal before the Constitution and law.

- In the Preamble of the Constitution the Roma are identified as a distinct national minority in the Republic. Onward, in the operative paragraphs, the Constitution deals with all the national minorities equally regulating their position with the following articles: 7, 8, 9, 19, 20, 29, 48, 78, 110.

- Article 48 is of special importance: „(1) *Members of nationalities have a right freely to express, foster and develop their identity*

⁶⁴ The reports from NGO-s activists and field researchers are different from those from WHO or UNHCR.

and national attributes. (2) The Republic guarantees the protection of the ethnic, cultural, linguistic and religious identity of the nationalities. (3) Members of the nationalities have the right to establish institutions for culture and art, as well as scholarly and other associations for the expression, fostering and development of their identity. (4) Members of the nationalities have the right to instruction in their language in primary and secondary education, as determined by law. In schools where education is carried in the language of a nationality, the Macedonian language is also studied”. With this, the state tasked itself with an active role in the securing of conditions and mechanisms with which it would contribute to the realization of the guaranteed values protected and promoted in this Article.

- Furthermore, the Constitution stipulates for some parliamentary commissions in charge of these issues. The most important one is the Assembly's Council for Inter-Ethnic Relations. The Council consists of the President of the assembly and two members each from the ranks of the Macedonians, Albanians, Turks, Vlachs and Roma, as well as two members from the ranks of other national minorities in Macedonia and considers issues of inter-ethnic relations in the Republic and makes appraisals and proposals for the solution. The assembly is obliged to take into consideration the appraisals and proposals of the Council and to make decisions regarding them.

- The protection relating to discrimination on the basis of national, religious and ethnic membership, contained in the Constitution, is further elaborated in some laws, sub-legal regulations and program determinations of different institutions and organizations. These provisions on preventing the discrimination as well as on the position of the national minorities are formulated in accordance with the specific areas to which the specific law relates. First and foremost, it is done through special provisions of the Penal Code (137, 138, 319, 403, 408 i 417). Other provisions of greater importance are the following:

- Law on Telecommunication: Article 9 (Transmission and transferring of message which call upon the violent destruction of the constitutional order of the Republic of Macedonia, or the encouragement or incitement to military aggression or stirring up ethnic, racial or religious hatred or intolerance is forbidden).

- Law on Inheritance: Article 3 (Citizens, under equal conditions, are equals in receiving inheritance).

- Law on Primary Education: Article 8 para 2 (For the persons belonging to nationalities the education and instruction are carried out in their language, as determined by law).

- Law on Secondary Education: Article 3 (Everyone, under equal condition, has the right to secondary education. Discrimination based on sex, race, color of skin, national and social origin, political and religious belief, income scale and social status is forbidden).

- Law on Identity Cards: Article 5 para 2 (the names of the persons belonging to nationalities are written also in the language and alphabet of the nationality).

- Law on Personal Basic Records: Article 9 para 2 (The personal names in the identity cards are written in Macedonian language and its Cyrillic alphabet, while the names of the persons belonging to nationalities are written also in the language and alphabet of the nationality).

The legal framework that has been conceptualized in the Republic since the year 1991 and onward is targeted to an adequate defining of the issues of interethnic relations and, within this framework, the issues relating to the Roma population in the Republic. It is also worth noting that in 1995 The UN Basic Documents were translated, inter alia, in the Romani language.

4. Special programs for the integration of Roma

The government is **not enacting any programs** that would specifically handle the position, specific interests and integration

of the Roma. On a state level there is also a lack of basic perception of the need for a developed strategy and organized action towards the inclusion of the Roma population.

Several non-governmental organizations financed by foreign institutions are engaged in the problematic of the Roma population. Special attention has been paid to the aspects of: education, protection of human rights, citizenship, health education. It is characteristic for all these activities that they are not synchronized, short term, very often unprofessional and take place in conditions of lack of globally defined directions and goals. Specific programs from the mentioned areas are led by all the Roma non-governmental organizations on a micro-plan. Such programs are led and supported by the: Macedonian Center for International Cooperation, Open Society Institute, Search for Common ground, Helsinki Committee of Macedonia, Institute of Sociological, Political and Juridical Research, as well as organizations from the system of UN (UNICEF, UNHCR, UNDP).

5. Participation in the governing and power

As a result of the democratic transitional processes, the Roma in the Republic of Macedonia have formed four political parties. In the past two local elections in the Republic of Macedonia one mayor from the Roma ethnicity has been elected (to the district of Suto Orizari), and at the parliamentary elections of 1998 one Roma representative in the State Parliament was chosen. The Roma are also present with representatives in the units of self-government.

Despite all this, the presence of the Roma in the public administration and in the structures of power, as well as in the police force and army, is **insignificant**. Out of 44213 employees in the public administration in the Republic of Macedonia, 80 declared themselves as members of the Roma ethnicity (which is a participation of 0,1%). If it is considered that most of the

Roma in these structures are employed in positions that lay out of the decision making processes and for which low qualifications are required, the data leads to the conclusion that the Roma do not participate in the structuring of this part of governing at all. In this moment there are no Roma judges, while in the Advocates Chamber there are two registered Roma lawyers. The Roma are **absolutely absent** from the executive government as well as from the office of the Ombudsman.

This situation increases the importance and role that non-governmental organizations have in the realization of the rights and interests of the members of the ethnic Roma. Currently, in Macedonia, 60 Roma non-governmental organizations are registered through which the Roma population is trying to manifest and satisfy a certain portion of its needs and interests. The influence of the Roma NGO's is insufficient mostly because the lack of coordination among them and the absence of a joint appearance on the issues of common interest to the members of the Roma population.

6. Presentation in the media

The Roma problems are treated as a marginal issue both for the written and electronic media. Except the private Roma radio (two) and TV Stations (two), the Roma are mentioned incidentally in particularly drastic cases of violation of their rights by the police. The reports of these cases are usually largely balanced, but without any attempt to go deeper into the background of these happenings and in an absence of in-depth analysis.

Because of the low educational level and the great formal and factual illiteracy, the electronic media are still the most appropriate way of media communication with the Roma population. Currently, there are no daily newspapers in the Roma language. The Roma Times, a bilingual newspaper (in Roma and in English), comes out three times a week. The Roma are represented on the state TV with 15 minutes news twice a week.

Brigitte Mihok Länderbericht Rumänien

1. Ethnische und nationale Minderheiten

Inoffiziellen Schätzungen zufolge bilden die Roma die zweitgrößte Minderheit in Rumänien. Obwohl in der Volkszählung von 1992 lediglich 409.723 Personen (1,8% der Gesamtbevölkerung) vermerkt waren, ist davon auszugehen, dass sich die offiziell angegebenen Zahlen lediglich auf die streng traditionell lebenden Roma beziehen. Dies bedeutet, daß diejenigen, die nicht mehr in den traditionellen Gemeinschaften leben (und die Wert- und Normsysteme dieser Gemeinschaften teils aufgegeben haben), nicht aufgeführt sind. Diese bekennen sich eher zu der sie umgebenden Mehrheitsbevölkerung. Der prozentuale Anteil liegt schätzungsweise *dreimal so hoch* wie offiziell angegeben.⁶⁵ Rumänische Soziologen wie auch Roma-Vertreter gehen davon aus, daß die ethnische Gruppe der Roma zwischen 1 und 2 Millionen Menschen umfaßt.

Die Roma leben verstreut in ganz Rumänien, wobei der überwiegende Teil von ihnen in Siebenbürgen ansässig ist.⁶⁶

Im Volkszählungsergebnis von 1992 sind folgende weitere nationale Minderheiten aufgeführt: 1.619.368 Ungarn (7,1%), 111.301 Deutsche (0,5%), 66.483 Ukrainer (0,3%), 29.533 Türken, 29.080 Serben, 24.649 Tataren, 20.672 Slowaken, 9.935 Bulgaren, 9.107 Juden, 8.914 Russen, 5.800 Tschechen, 4.247

⁶⁵ Während mehrerer Forschungsaufenthalte in Rumänien wurden in den Regionen Arad, Alba, Cluj und Mures Vergleiche zwischen Statistik und realer Bevölkerungsgröße vorgenommen. Vgl. dazu: Arbeitsblätter der Heinrich-Böll-Stiftung Nr.5: Die Situation der Roma im siebenbürgischen Landkreis Mures. Köln 1996.

⁶⁶ The Romanian Institute for Human Rights (Hg.): Human Rights in Romania. Protection of the Rights of the Persons Belonging to the National Minorities. Bukarest 1993, S.51 (Appendix I/1).

Polen, 4.180 Kroaten, 3.897 Griechen, 2.023 Armenier.

2. Zur sozio-ökonomischen Situation der Roma

Bei der Beurteilung der sozio-ökonomischen und gesellschaftlichen Stellung der Roma muß berücksichtigt werden, daß sie keine homogene Gruppe darstellen. Vielmehr unterscheiden sie sich nach regionalen, sprachlichen, kulturellen und sozialen Kriterien, und zwischen den einzelnen Gruppen existieren zum Teil erhebliche Differenzen und Widersprüche.

Nach *historischen und regionalen Gesichtspunkten* lassen sich die Roma in Rumänien in zwei große Gruppen unterteilen: Zum einen die Roma, die der Herkunft und ihrem Wohnort nach als *siebenbürgische Roma* zu bezeichnen wären, und zum zweiten die *walachischen und moldawischen Roma*, die aus den Regionen Walachei und Moldau stammen. In ihrer jeweiligen historischen Entwicklung gibt es einen sehr wichtigen Unterschied: Waren die Roma in der Walachei und Moldau bis 1855/56 Sklaven⁶⁷, ohne elementarste Freiheitsrechte, so waren viele der in den ehemals ungarischen Gebieten Siebenbürgen und Banat lebenden Roma selbständige Wanderhandwerker oder Händler. Der Indikator *Sprache* erlaubt nur eine oberflächliche Unterteilung: In den südlichen und östlichen Regionen sprechen die Roma entweder nur noch Rumänisch oder zusätzlich Romanes. In Siebenbürgen sind die meisten traditionellen ungarischen Romagruppen (Roma, deren Vorfahren schon vor 400 Jahren dort lebten) dreisprachig: Sie beherrschen sowohl Romanes, als auch Ungarisch und Rumänisch. In den Stadtrandsiedlungen trifft man meist rumänisch oder ungarisch sprechende Roma.

⁶⁷ Vgl. Panaitescu, P.N.: The Gypsies in Walachia and Moldavia: A chapter of economic history. In: Journal of the Gypsy Lore Society (JGLS), 1941, Third Series 20 (April), S.58-72. Halliday, W.R.: Roumanian Gypsies. In: JGLS, 1924, Third Series, Vol.III/No.3, S.143. Gaster, M.: Two Rumanian Documents Concerning Gypsies. In: JGLS, Third Series, Vol.IX, Part 4, S.179-182.

Die *etablierten traditionellen Roma-Händler und Handwerker* - leben hauptsächlich in Siebenbürgen, („Țigani de mătăsă“/„Seidenzigeuner“; „Țigani cu pălărie“/„Kalaposok“/„Hütetragende“⁶⁸). Diese Gemeinschaften haben sich seit 1990 ökonomisch integriert, indem sie sich wirtschaftliche Alternativen geschaffen und neue Marktlücken entdeckt haben. Außergewöhnliches Verhandlungsgeschick, gute Marktkenntnisse, sowie das Vorhandensein eines weitreichenden Beziehungsnetzes erleichterten ihre erfolgreiche Einbindung in den Handelsbereich. Die traditionellen Erwerbsformen wurden stets nach Nachfrage des Marktes gewechselt und durch andere ersetzt. Parallel zur Festigung ihrer ökonomischen Position (als angesehene Händler und geschätzte Handwerker) läßt sich nach *außen* hin eine verstärkte Anpassung an die Lebensform der Mittelschicht erkennen: Die Familien legen besonders viel Wert auf den Häuserbau bzw. die Wohnqualität, auf die Ausstattung der Häuser mit Telefon, Fernseher, Gas-Zentralheizung, fließend Wasser, sowie auf den Besitz eines Autos. Zudem bestehen die Gemeinschaften darauf, daß ihre Kinder den Kindergarten und die Grundschule besuchen.

In Gesprächen mit Nicht-Roma tritt die Eigenbezeichnung „țigani“ oder „cigány“ ohne eine traditionelle Zuordnung auf. In Gesprächen untereinander wird stets die Bezeichnung *Rom* (männlich), *Romni* (weiblich), *Roma / Romnia* (Plural), sowie *Manush* (hauptsächlich in Siebenbürgen) gebraucht.

Die breite Masse der Roma läßt sich allerdings mit den oben erwähnten Kriterien nicht umreißen. Es handelt sich um jene, die in den Slums der Großstädte und in den unwirtschaftlichen Teilen der Dörfer leben und der unterprivilegierten sozialen Schicht zuzuordnen sind. Da sich seit 1990 gerade ihre Situation drastisch verschlechtert hat, wird im Folgenden auf diese Gruppe Bezug genommen.

⁶⁸ Dieser Begriff wurde von den Roma als Eigenbezeichnung erst 1990 eingeführt.

2.1. Marginalisierung und Verarmung

Durch die Schließung bzw. Umstrukturierung unrentabler Betriebe und Industriekomplexe haben seit 1990 zunächst die unqualifizierten Arbeiter und Aushilfskräfte ihre Arbeitsplätze verloren, darunter ein Großteil der Roma aus den Stadt- und Dorftrandsiedlungen. Genaue Daten über das Ausmaß der Arbeitslosigkeit unter der Roma Bevölkerung gibt es nicht, einerseits, weil die offiziellen Statistiken das ethnische Kriterium nicht in Betracht ziehen, andererseits, weil viele Roma - mangels fehlender Unterlagen, wie Arbeitsbuch (*carte de muncă*) und Anmeldebestätigung des Wohnbezirks - sich nicht als „arbeitslos“ oder „arbeitssuchend“ registrieren können.

Die Modalitäten und Voraussetzungen der sozialen Absicherung für Arbeitslose⁶⁹ wie auch das Sozialhilfegesetz⁷⁰ sind besorgniserregend, weil sie für einen Teil der Roma keine Abhilfe schaffen, da sie nicht in Anspruch genommen werden können. Für die Arbeitslosenmeldung sind eine Reihe von Unterlagen erforderlich. Infolge der ständig wechselnden Aushilfstätigkeiten fehlt vielen das für die Arbeitslosenmeldung notwendige Arbeitsbuch. Wenn keine Arbeitslosenmeldung und -bestätigung vorliegt, können sie - im Krankheitsfall - auch keine ermäßigten oder kostenlosen Medikamentenrezepte erhalten. Selbst für die ärztliche Versorgung der Armen (mit keinem oder geringem Einkommen) benötigt man eine Bescheinigung, die vom Stadtrat ausgestellt wird, aber nur, wenn eine Arbeitslosen- bzw. Sozialhilfebescheinigung vorliegt. Dies bedeutet, daß viele arbeitslose Roma aus der geregelten Gesundheitsversorgung ausgeklammert sind. Sowohl die katastrophale Wohnsituation (kein warmes Wasser, keine Heizung in den Wohnräumen, was zur Zerstörung der Wohnsubstanz beiträgt), als auch die mangelnde ärztliche Ver-

⁶⁹ Gesetz Nr.1/1991 bezüglich der sozialen Absicherung von Arbeitslosen, in: Monitorul Oficial al României, Jg. IV, Nr.199, 14.8.1992, S.2-5.

⁷⁰ Sozialhilfegesetz (Lege privind ajutorul social), in: Monitorul Oficial al României, Jg.VII/Nr.131, S.1-4.

sorgung führen in den Siedlungen zur Verbreitung von Krankheiten wie Rheuma, Asthma und TBC.

Um ihre Familien zu ernähren, bleibt vielen entweder der Weg in eine stetig anwachsende Schattenwirtschaft, welche mit den Attributen der Illegalität und Kriminalität belegt ist, oder aber in ständig wechselnde Aushilfsjobs und Tagelöhnerdienste. Bei diesen Tätigkeiten sind die Menschen weder gegen Arbeitslosigkeit abgesichert, noch haben sie Krankengeld- oder Rentenansprüche.

2.2. Bildungssegregation

Die wenigsten Kinder aus den Stadtrandvierteln werden in den Grundschulen gemeinsam mit rumänischen oder ungarischen Kindern unterrichtet, sondern vielmehr in „homogenen Romaklassen“, „Roma Nachholklassen“ sowie in „Sonderschulen“. Sowohl die von Sprachschwierigkeiten, als auch von sozio-kultureller Benachteiligung herrührenden Rückstände in der kognitiven Entwicklung der Kinder werden bei der Einschulung oder im Laufe der Grundschule in hohem Maße mit „verstandesmäßiger Unfähigkeit“ gleichgesetzt. Dies hat zur Folge, daß ein hoher Prozentsatz der Romakinder in die für geistig und körperlich Behinderte geschaffenen „Sonderschulen“ (*școala ajutătoare*) eingewiesen werden.⁷¹ Das Fatale ist, daß Romakinder (aber auch rumänische und ungarische Kinder, die aus sozio-kulturell unterprivilegiertem Elternhaus stammen), die vor der Einschulung nicht geistig behindert waren, in diesen Sonderschulen geistig unterfordert werden, selbige also benachteiligt verlassen und

⁷¹ Fallbeispiel „Casa de copii cu școala ajutătoare“ in Târgu Mureș: Von 422 Schülkindern waren laut Auskunft des Direktors etwa 60% Romakinder, 20% ungarische und 20% rumänische Kinder (Schuljahr 1995/96).

Fallbeispiel „Sonderschule für geistig Behinderte“ in Timisoara: Nach Aussagen einer Mitarbeiterin waren im Schuljahre 1996/97 über 60% der dorthin eingewiesenen Schüler Romakinder.

Fallbeispiel der „Sonderschule für geistig Behinderte“ in Cluj: Die Untersuchung des European Roma Rights Centers (ERRC) zeigt auf, dass im Schuljahr 1999/2000 von den 200 Schülern mehr als 70% Romakinder waren.

wenig Chancen auf eine Integration in die Arbeitswelt haben. Wenn die Kinder aus der untersten, unterprivilegierten Schicht weiterhin in „Roma Nachholklassen“, „homogenen Romaklassen“ sowie in „Sonderschulen“ unterrichtet werden, dann werden sie auch zukünftig kaum eine Fachausbildung erlangen können. Die Möglichkeit, in den „Aushilfsklassen“, „homogenen Romaklassen“ oder in den „Sonderschulen“ die *Ausgangsdifferenzen* (also Benachteiligungen, die aus der kulturellen, sozialen und ethnischen Verschiedenheit herrühren) zu beheben und eventuell in normale Klassen überzuwechseln, besteht kaum. Einerseits sind die Anforderungen in diesen Klassen zu niedrig, um eine Chance zum Überwechseln zu erlangen, andererseits sind die Lehrer oft überlastet und auf die realen Belange der Kinder, sowie ihre Ausgangsdifferenzen ungenügend vorbereitet. Die Klassen- und Unterrichtsausstattung ist zudem wesentlich ärmerlicher und unzureichender als in den normalen Schulklassen. Die bildungspolitische Sackgasse für einen Großteil der Romakinder wurde bislang von der Mehrheitsgesellschaft weder wahrgenommen, noch thematisiert. Einige Roma-Organisationen haben zumindest seit 1997 auf die Notwendigkeit einer diesbezüglichen Auseinandersetzung hingewiesen und sie bemühen sich, Lösungswege auszuarbeiten.⁷² Doch solange nicht von staatlicher Seite die Bildungssegregation thematisiert und offensiv angegangen wird, kann keine Änderung eintreten.

2.3. Diskriminierung

Für die Verschlechterung der gesellschaftlichen Situation der Roma sind seit 1990 drei Diskriminierungsmechanismen verantwortlich, die im Folgenden kurz skizziert werden:

Die verbale Gewalt - vorurteilsvolle und diskreditierende Berichterstattung in den Medien

⁷² Gheorghe, Nicolae: Egalizarea șanselor educaționale și de creștere a școlarizării copiilor de romi. In: Aven Amentza, Nr.9-10/1998, S.4 und 16.

Die vorurteilsvolle und diskreditierende Berichterstattung in den Medien ist eine der augenscheinlichsten Diskriminierungsmechanismen.⁷³ Die diskreditierende Berichterstattung in den Printmedien beruht hauptsächlich auf der Konstruktion eines spezifischen negativen Bildes der Roma, das vielfältige Funktionen erfüllt.⁷⁴

Die Vorurteile gegenüber der Roma-Bevölkerung sind unübersehbar und unüberhörbar. Laut Umfrage des Zentrums für Stadt- und Regionalsoziologie (CURS vom Dezember 1997), erklärten 67 Prozent der Befragten ihre offene Antipathie und 27 Prozent ihre Gleichgültigkeit gegenüber Roma.⁷⁵ Die gehegten Vorurteile sind nicht etwa schichtspezifisch, sondern schicht- und altersübergreifend. Dies rührt daher, daß in Rumänien die Roma als eine homogene Gruppe wahrgenommen werden. Ihre vielfältige Differenzierung wird ignoriert.

Bis heute gibt es auf der institutionellen, staatlichen Ebene keine Bemühungen zur Einschränkung der offiziellen Verbreitung von schädlichen Feindbildern in den Medien. Die Gewöhnung an Feindbilder, sowie die Akzeptanz von verbaler Gewalt, kann als Spiegelbild der Gesellschaft gewertet werden.

Die individuelle, private Gewalt, die unabhängig von staatlichen Institutionen oder gesellschaftlichen Organisationen ausgeübt wird, aber nicht zu befürchten hat, gerichtlich belangt zu werden.

Seit 1990 haben Überfälle und Angriffe auf Angehörige der Roma

⁷³ Mihok, Brigitte: Vergleichende Studie zur Situation der Minderheiten in Ungarn und Rumänien (1989-1996) unter besonderer Berücksichtigung der Roma. Frankfurt/Main 1999, S.173-179.

⁷⁴ Mihok, Brigitte: Fremdsterotypen in der rumänischen Öffentlichkeit (1990-1999). Versprachlichte Bildkonstruktionen von den Roma. In: Mircea Angheliescu, Larisa Schippel (Hg.): Im Dialog: Rumänische Kultur und Literatur. Leipziger Universitätsverlag 2000, S.79-86.

⁷⁵ Vgl. Wochenzeitschrift „22“, Nr.6, 10. Februar 1998, S.12.



zugenommen. Sie wurden aus ihren Dörfern vertrieben und ihre Häuser wurden abgebrannt. Zwischen 1990 und 1993 wurden 30 Fälle von Ausschreitungen gegen Roma-Gemeinschaften registriert.⁷⁶ Meist war es eine aufgebrachte Menge von einigen hundert oder tausend Menschen, die in kollektiver Lynchjustiz vorgebliche Straftaten einzelner Roma rächen wollten. Die lokalen Behörden und Autoritäten waren entweder nicht in der Lage oder nicht willens, dagegen einzuschreiten. Der bislang schwerwiegendste Vorfall ereignete sich am 20./21. September 1993 im Dorf Hădăreni (Siebenbürgen/Region Mureș).⁷⁷ In der Folgezeit haben zwar die Übergriffe abgenommen, aber dafür sind neue Formen der Gewalt (z.B. Polizeigewalt) aufgetreten.⁷⁸ Der Bericht des Europarates vom Januar 2002 verweist u.a. auch auf Fälle von Polizeibrutalität gegenüber Roma.⁷⁹ Die *alltäglichen Gewalt* äußert sich in körperlichen Angriffen oder Schildern an Geschäften und Lokalen: „Zutritt für Zigeuner verboten“. Zudem wird den Angehörigen der Roma-Minderheit der Zugang zu öffentlichen Verkehrsmitteln und Einrichtungen verweigert, Stellenangebote wiederum heben hervor, dass Bewerbungen von Roma unerwünscht sind.⁸⁰

⁷⁶ European Roma Rights Center, *Sudden Rage at Dawn: Violence against Roma in Romania*, Country Report Series, Budapest 1996. / European Roma Rights Center, *State of Impunity: Human Rights Abuse of Roma in Romania*, Country Report Series, Budapest 2001. / High Commissioner on National Minorities: *Report on the Situation of Roma and Sinti in the OSCE Area*. Den Haag 2000. / Wiedl, Daniela: *Brennende Romasiedlungen in Rumänien*. In: Albert F. Reiterer, Albert F.: *Flaschberger, Ludwig (Hg.), Ethnischer Konflikt und Alltag*. Frankfurt/Main 1999, S.61-84.

⁷⁷ Haller, István: *Lynching is not a Crime: Mob Violence against Roma in Post-Ceausescu Romania*. In: *Roma Rights*, Spring 1998 (http://errc.org/irr_spr1998/index.html).

⁷⁸ European Roma Rights Center, *Sudden Rage at Dawn: Violence against Roma in Romania*, Country Report series, Budapest 1996, pattern of community

Die Diskriminierung durch Behörden, staatliche oder staatlich kontrollierte Institutionen (Polizei, Justiz, Verwaltung und Schulen).

Polizei- oder Gerichtsbehörden versagen oft ihren Schutz, wie die Überfälle in Rumänien zeigten. Bei einigen Überfällen griff die Polizei nicht ein, bei anderen waren lokale Autoritäten an den Überfällen sogar beteiligt.⁸¹

Diskriminierung ist auch beim Zugang zu den Schulen, zur medizinischen Betreuung und zur Sozialfürsorge zu beobachten.⁸² Die Europäische Kommission schlußfolgerte im Fortschrittsbericht vom November 2000, dass die gesellschaftliche Diskriminierung der Roma weit verbreitet sei und die Regierung keine Anstrengungen zur Lösung der diesbezüglichen Probleme gemacht habe.⁸³

3. Rechtliche Rahmenbedingungen zum Schutz der Minderheiten

Rumänien hat eine Reihe von Gesetzen, Dringlichkeitserlassen und internationalen Abkommen zum Schutz der nationalen Minderheiten verabschiedet, beziehungsweise ratifiziert. Da die erforderlichen sekundärrechtlichen Vorschriften bzw. Implementierungsmodalitäten fehlen, haben die meisten dieser Anordnungen bislang keine praktische Wirksamkeit bei der Bekämpfung der Diskriminierung.

⁸¹ Haller, István: *Lynching is not a Crime: Mob Violence against Roma in Post-Ceausescu Romania*. In: *Roma Rights*, Spring 1998 (http://errc.org/irr_spr1998/index.html).

⁸² EU-Fortschrittsbericht (Rumänien) vom November 2001, S.33.

⁸³ European Commission, *Romania: Regular Report from the Commission on the Progress towards Accession*, November 8 2000: http://europa.eu.int/comm/enlargement/dwn/report_11_00/pdf/en/ro_en.pdf

3.1. Verfassungsmäßig verankerte Minderheitenbestimmungen

In der Verfassung wird Rumänien als „einheitlicher und unteilbarer Nationalstaat“ (Art.1, Abs.1) definiert, in dem „die nationale Souveränität dem rumänischen Volk gehört“ (Art.4, Abs.1).

Die Verfassungspassage zum Identitätsrecht (Art.6, Abs.1) befaßt sich ausschließlich mit der Regelung des Verhältnisses zwischen Staat und Einzelperson, das heißt es besteht lediglich ein Individualrecht, aber kein kollektives nationales Recht (Gruppenrecht).⁸⁴ Artikel 6, Absatz 2 beruht auf dem sogenannten „formalen Gleichheitsprinzip“ und besagt, daß absolute Gleichheit bestehen muß, indem alle Individuen gleich behandelt werden müssen.⁸⁵ Dies führt dazu, daß durch diesen Absatz die „positive Diskriminierung“ ausgeschlossen bzw. untersagt wird.

Obwohl in Rumänien bis 1989 zahlreiche bildungs-, beschäftigungs- und siedlungspolitische Maßnahmen einen forcierten Assimilationsdruck erzeugt haben,⁸⁶ findet sich in der rumänischen Verfassung keine Passage, die explizit Zwangsassimilationsmaßnahmen verbietet oder einen Schutz dagegen bieten würde.

Die Verfügung des Artikels 20 (Abs.1 und 2) legt das Verhältnis zwischen internationalen Menschenrechtsverordnungen und der eigenen Gesetzgebung fest und räumt dabei den Vorrang für internationale Regelungen ein.⁸⁷

⁸⁴ „Der Staat anerkennt und garantiert Personen, die nationalen Minderheiten angehören, das Recht, ihre ethnische, kulturelle, sprachliche und religiöse Identität zu bewahren, zu entwickeln und auszudrücken.“

⁸⁵ „Die vom rumänischen Staat getroffenen Schutzmaßnahmen für die Bewahrung, Entwicklung und den Ausdruck der Identität der nationalen Minderheiten angehörenden Personen müssen im Einklang stehen mit den Prinzipien der Gleichheit und Nicht-Diskriminierung im Verhältnis zu den anderen rumänischen Staatsbürgern.“

⁸⁶ Vgl. Mihok, Brigitte: Ethnostratifikation im Sozialismus, aufgezeigt an den Beispielländern Ungarn und Rumänien. Frankfurt/Main 1990. S.194-214.

⁸⁷ „Die verfassungsmäßigen Bestimmungen, die die Rechte und Freiheiten der Staatsbürger betreffen, werden im Einklang mit der Allgemeinen Erklä-

3.2. Verordnungen, Dringlichkeits-Erlasse und sonstige Bestimmungen

Im Dezember 1999 hat die Europäische Union Rumänien zu Beitrittsverhandlungen aufgefordert. Im Zuge dieser Bemühungen sind einige Bestimmungen und Verordnungen erlassen worden, die sich an EU-Normen orientieren, aber bislang in der Praxis nicht umgesetzt wurden:

Das Gesetz Nr.148 vom 26. Juli 2000 verbietet diskriminierende Anzeigen in der Werbung.⁸⁸ Trotz dieses Verbotes wird in einigen Stellenanzeigen weiterhin ausdrücklich vermerkt, dass die Anstellung von Roma ausgeschlossen ist.⁸⁹

Der Dringlichkeitserlass Nr. 137 vom 31. August 2000 über die Vorbeugung und Bestrafung aller Formen der Diskriminierung beinhaltet eine Rechtsnorm, die u.a. die Einstellungsdiskriminierung verbietet, die freie Wahl des Wohnsitzes garantiert und die Diskriminierung beim Zugang zu öffentlichen, gesundheitlichen und Bildungseinrichtungen ahndet.⁹⁰ Ein entsprechendes Gesetz wurde bislang noch nicht verabschiedet.

Das Amt des Ombudsmannes (Avocatul popului) bearbeitet Beschwerden von Personen, deren Bürgerrechte und Freiheiten durch die Behörden verletzt worden sind. Obwohl die Rolle und Funktion des Ombudsmannes zunehmend wichtiger wird,

rung der Menschenrechte, den Vereinbarungen und den anderen Verträgen, an denen Rumänien teil hat, interpretiert und angewandt.

Falls es Unstimmigkeiten zwischen den auf die elementaren Menschenrechte bezogenen Vereinbarungen und Verträgen, an denen Rumänien teil hat, und den eigenen Gesetzen gibt, so haben die internationalen Regelungen Vorrang.“ (Verfassung, Art.20, Abs.1 und 2)

⁸⁸ Monitorul Oficial al României Nr. 359 vom 2. August 2000.

⁸⁹ Siehe Romani CRISS: The „Anunţul Telefonic“ Case. Documenting Report. Zwischen dem 12.-28. März 2001 wurde unter den Stellenangeboten der Zeitung „Anunţul Telefonic“ folgende Anzeige aufgeführt: „Total Protect stellt Sicherheitsleute ein, Roma ausgeschlossen, Gehalt 1.700.000-2.500.000; 659.37.65“.

⁹⁰ Monitorul Oficial al României Nr.431 vom 2.09.2001.

bestehen noch erhebliche Mängel in der institutionellen Akzeptanz: Dies macht sich in der schwerfälligen Zusammenarbeit mit anderen staatlichen Stellen bemerkbar, die beispielsweise die Anfragen des Ombudsmannes nicht in der gesetzlich vorgeschriebenen Frist beantworten und somit die Glaubwürdigkeit und Effizienz des Ombudsmannes unterminieren.⁹¹

3.3. Internationale Vereinbarungen zum Minderheitenschutz

Rumänien hat eine Reihe von internationalen Abkommen zum Minderheitenschutz unterzeichnet, u.a.:

- Rahmenabkommen zum Schutz nationaler Minderheiten (ratifiziert durch das Gesetz Nr.33/1995)⁹²
- Europäische Charta für regionale und Minderheitensprachen (nicht ratifiziert)
- Europäische Menschenrechtskonvention (ratifiziert)
- Protokoll Nr.12 zur Europäischen Konvention zum Schutze der Menschenrechte, das jegliche Diskriminierung, etwa aufgrund des Geschlechts, der Rasse, der Hautfarbe oder der Sprache, verbietet (unterzeichnet im November 2000)
- Europäische Sozialcharta (nicht ratifiziert)
- Internationale Charta zur Beseitigung aller Formen rassistischer Diskriminierung (erlaubt keine Individualklagen an die UNO-Kommission zur Beseitigung Rassistischer Diskriminierung)

4. Förderprogramme zur Integration der Roma

Das aktuelle Regierungsprogramm bezieht sich im Kapitel X auf die „Interethnischen Beziehungen“ und sieht in Punkt 10.3 die Herausarbeitung einer nationalen Strategie zur Verbesserung der Lage der Roma vor.⁹³ Zur Ausarbeitung einer diesbezüglichen

⁹¹ EU Fortschrittsbericht (Rumänien) vom November 2001, S.25.

⁹² Monitorul Oficial al României Nr. 82 vom 4. Mai 1995.

⁹³ Informationen von István Haller, Liga pro Europa, zuständig für Menschenrechts- und Minderheitenfragen.

Strategie hat die Europäische Kommission Rumänien im Rahmen des PHARE-Projektes RO 9803.01 zwei Millionen Euro bereitgestellt. Im April 2001 reichte die rumänische Regierung eine Vorlage über die „Nationale Strategie zur Verbesserung der Lage der Roma“ ein, die für einen Zeitraum von zehn Jahren einen Maßnahmenkatalog vorsieht und in Zusammenarbeit mit Roma-Organisationen umgesetzt werden soll.⁹⁴

Obwohl das Dokument zur nationalen Strategie vorliegt, stehen vor allem einige Implementierungsfragen offen: Unklarheiten bestehen hinsichtlich der Erstellung eines Operationsplanes sowie der Bereitsstellung notwendiger Haushaltsmittel. Zudem mangelt es noch an einer klaren Definition der Aufgabenbereiche der geplanten lokalen Roma-Agenturen und der Festlegung durchsichtiger Einstellungsmodalitäten der Roma-Agenten.

5. Vertretung der Roma

5.1. In politischen Parteien und Organisationen

Seit 1990 sind zahlreiche Roma Organisationen entstanden. Bislang ist jedoch die Konkurrenzsituation zwischen diesen Organisationen größer als ihre Solidaritätsneigung. Doch ist dies verständlich, wenn vor Augen gehalten wird, daß zwischen 1945 und 1989 die Roma weder politische noch kulturelle Vertreter hatten, geschweige denn Erfahrungen in minderheitenpolitischen Strategien. Die politischen Roma Organisationen verfügen vorerst kaum über einen weitreichenden Einfluß, weder innerhalb der Roma Gemeinschaften noch gesamtgesellschaftlich. Dies liegt sowohl an der großen Anzahl von Parteien und Organisationen, als auch daran, dass die Einstellung eines Großteils der Roma von Vorsicht, aber auch von Unkenntnis bezüglich der unterschiedlichen Organisationen geprägt ist. Solange jedoch keine Solidaritätsbasis geschaffen wird, die Un-

⁹⁴ EU Fortschrittsbericht (Rumänien) vom November 2001, S.32f.

terstützung von staatlichen Institutionen, Oppositionsparteien und Persönlichkeiten weiterhin so schwach ausgeprägt ist, werden es die Organisationen schwer haben, grundlegende Veränderungen herbeizuführen. Und diese sind vor allem im sozialen und ökonomischen Bereich dringend notwendig.

5.2. Im Parlament und in den Regierungsinstitutionen

Das „Wahlgesetz zur Abgeordnetenversammlung und zum Senat“ (Gesetz No.68 vom 15.7.1992) bekräftigt die verfassungsmäßig verankerte Wahlbestimmung (Artikel 59 / Parlamentswahlen)⁹⁵ und gewährleistet die politische Vertretung der Minderheiten - ohne Rücksicht auf die erzielten Stimmenanteile - durch mindestens ein Mandat im Abgeordnetenhaus.

Bei allen bisherigen Wahlen haben sich die Romaorganisationen mit eigenen Kandidatenlisten beworben, ohne jedoch die erforderliche 5% Hürde erreicht zu haben. Aufgrund des Minderheiten-Zusatzmandates konnten die Roma im Parlament jeweils einen Abgeordneten stellen. Seit 2000 wird die „Partida Romilor“ (Partei der Roma) von Nicolae Păun im Abgeordnetenhaus vertreten.

Im April 1993 richtete die rumänische Regierung den Rat für nationale Minderheiten (Consiliul pentru Minoritățile Naționale)⁹⁶ ein. Der Minderheitenrat sollte als Koordinationsstelle fungieren, die unterschiedliche Forderungen der Minderheiten bündelt und zu einen gemeinsamen Gesetzesentwurf zum Minderheitenschutz ausarbeitet. Doch bald wurde deutlich, daß der Minderheitenrat als Instrument zur Durchsetzung von Minderheiten-

⁹⁵ „Minderheitenorganisationen, die nicht die erforderliche Stimmenzahl zur Parlamentsrepräsentation erreichen, haben das Recht auf je ein Mandat im Abgeordnetenhaus. Bürger einer nationalen Minderheit können nur durch eine Organisation repräsentiert werden.“ (Verfassung, Art. 59, Abs.2)

⁹⁶ Statut des Rates für nationale Minderheiten in: The Romanian Institute for Human Rights (Hg.): Human Rights in Romania. Protection of the Rights of the Persons Belonging to the National Minorities. Bukarest 1993, S.80-81.

interessen wenig geeignet ist. Dies rührte sowohl aus der persönlichen Zusammensetzung des Rates her, als auch aus den Modalitäten der Beschlußfassung. Die Beschlußfassung muß im Konsens erfolgen (in strittigen Fragen also auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner) und diese Beschlüsse sind für die Regierung nicht bindend.

Im Januar 1997 richtete die rumänische Regierung die Abteilung für nationale Minderheiten (Departamentul pentru minoritățile naționale) ein, die dem Amt des Premierministers unterstellt wurde. Durch die Ernennung eines Ministers für nationale Minderheiten sollte diese Abteilung quasi als Minderheitenministerium fungieren. Innerhalb dieser Abteilung wurde das Landesamt für Roma (Oficiul Național pentru Romi) errichtet.

Im Dezember 2000 erfolgte die Umbenennung in Abteilung zum Schutze der nationalen Minderheiten (Departamentul pentru Protecția Minorităților Naționale), die nunmehr dem Informationsministerium unterstellt ist. Für die Angelegenheit der Roma ist Ivan Gheorghe als Unterstaatssekretär im Landesamt für Roma tätig. Die Minderheitenabteilung wird jedoch nach wie vor in Sachfragen von manchen Ministerien ignoriert, obwohl diese zu einer Kooperation verpflichtet wären.

Im Kulturministerium vertritt Vasile Ionescu die Romaminderheit, während im Amt des Ombudsmannes Vasile Burtea als Vertreter der Roma fungiert.

5.3. In der kommunalen Verwaltung

Bei den Kommunalwahlen im Sommer 1992 haben die Roma landesweit zehn Bürgermeister gestellt. Im Sommer 2000 hingegen konnte kein einziger der von den Roma-Parteien aufgestellten Bürgermeisterkandidaten die Wahl gewinnen. Es wurden lediglich 216 Gemeinderäte gewählt.⁹⁷

⁹⁷ Gabriel Bădescu: Die Roma bei den Kommunalwahlen in Rumänien, Juni 2000. Broschüre herausgegeben von der Friedrich-Ebert-Stiftung, Reșița 2000, S.15 und 17.

Imre Furmann / Brigitte Mihok

Länderbericht Ungarn

1. Ethnische und nationale Minderheiten in Ungarn

In Ungarn gibt es 13 anerkannte Minderheiten: Slowenen, Rumänen, Deutsche, Kroaten, Griechen, Roma, Bulgaren, Armenier, Serben, Slowaken, Ruthenen, Ukrainer, Polen. Folgende Schätzungen zur Bevölkerungsgröße der Minderheiten liegen vor (in Klammern sind die offiziellen Volkszählungsergebnisse von 1990 aufgeführt):

Roma	→ 450 000 - 500 000 (142 683)
Deutsche	→ 200 000 - 220 000 (37 511)
Slowaken	→ 110 000 (12 745)
Kroaten	→ 80 000
Rumänen	→ 25 000 (10 740)
Polen	→ 10 000 - 15 000
Griechen	→ 6000
Serben	→ 5000
Slowenen	→ 5000
Armenier	→ 3000
Bulgaren	→ 2500
Ukrainer	→ keine Angabe
Ruthenen	→ keine Angabe

Diejenigen Minderheiten, die sich sowohl auf ein „Mutterland“ beziehen als auch eine eigene „Muttersprache“ aufweisen können, genießen den Status einer „nationalen Minderheit“. Den Roma fehlt vor allem die erste dieser Eigenschaften, weshalb sie weiterhin als „ethnische Minderheit“ bezeichnet werden.

2. Bevölkerungsgröße und sprachliche Differenzierung der Roma

Laut offiziell geltender Angaben leben in Ungarn 450 000-500 000 Roma (etwa 5% der Gesamtbevölkerung).⁹⁸ Die Sprachkompetenz betrachtend, unterteilt sich die Romabevölkerung in drei Gruppen:

- (1) Diejenigen Roma, die seit dem 15. Jahrhundert in Ungarn lebten, verloren nach und nach ihre ursprüngliche Roma-Sprache (das Romanes).⁹⁹ Ihre Nachfolger wurden die ungarisch sprechenden Roma (in Ungarn als „Romungrók“ bezeichnet), die heutzutage etwa 70% der Roma ausmachen.
- (2) Einige Roma-Gruppen bewahrten ihre eigene Sprache. Ihre Nachfolger, die Romanes sprechen, werden „Oláh-cigányok“ genannt.¹⁰⁰ Sie bilden etwa 20% der Roma Bevölkerung.
- (3) Die rumänisch sprechenden Roma kamen gegen Ende des 19. Jahrhunderts nach Ungarn. Bereits während ihres Aufenthaltes in Rumänien verloren sie ihre ursprüngliche Romanes-Sprache.¹⁰¹ Diese Gruppe lebt vor allem im Südwesten Ungarns und umfaßt etwa 50.000 Roma, die sich „Beasch“ nennen. Die Verteilung der Roma auf die einzelnen Regionen ist nicht einheitlich. In den nordöstlichen Regionen bilden sie in einigen Landgemeinden die Mehrheitsbevölkerung. Städtische Ballungszentren mit einer hohen Prozentzahl an Roma sind Budapest (45.000), Miskolc (17.000) und Ózd (9.000).¹⁰²

⁹⁸ Die Gesamtbevölkerung Ungarns beträgt etwa 10 Millionen.

⁹⁹ Kemény István: Beszámoló a magyarországi cigányok helyzetével foglalkozó 1971-ben végzett kutatásról. Budapest, 1976, S. 14.

¹⁰⁰ Erdős Kamill, A Békés megyei cigányok. Gyula 1957, S. 11; Kemény István (1976), S. 14.

¹⁰¹ Mészáros, György: La langue tsigane en Hongrie. In: Études Tsiganes. No. 1, 1978, S. 32.

¹⁰² Utasi, Ágnes; Mészáros, Ágnes (Hg): Cigányélet. Budapest 1991, S. 87.

3. Die sozio-ökonomische Situation der Roma-Bevölkerung

3.1. Segregation im Arbeitsbereich und zunehmende Marginalisierung

Die Roma bilden in Ungarn - wie übrigens auch in den anderen südosteuropäischen Ländern - keine homogene Gruppe, sondern eine äußerst differenzierte Minderheit. Zieht man das soziale Kriterium in Betracht, so lassen sich grob drei Roma-Gruppen unterscheiden:

- (a) Jene Gruppen, die es über Jahrzehnte hinweg geschafft haben, ihre traditionellen Beschäftigungen (Handwerksberufe, Handelstätigkeiten, etc.) zu erhalten und zu modernisieren. In der Zeitspanne 1945-1989 konnte ein Teil der Roma - trotz behördlicher Restriktionen - alte Erwerbsformen neu beleben und sie dem sozialistischen Alltag anpassen. Auch nach 1989 haben es diese Gemeinschaften (hauptsächlich Musiker, Händler und Handwerker) geschafft, unter veränderten und sich weiterhin ändernden ökonomischen Bedingungen, Alternativen zu eröffnen und neue Marktlücken aufzuspüren. Markantes Merkmal dieser Gruppen ist der Erhalt der traditionellen Großfamilienstruktur, sowie die strikte Orientierung am herkömmlichen Norm- und Wertesystem. Im Vergleich zur gesamten Roma Bevölkerung handelt es sich hierbei um eine zahlenmäßig kleine Gruppe.
- (b) Jene Roma, die aus den Siedlungen durch eigenes Handeln ausgebrochen sind und vermischt unter der Mehrheitsbevölkerung leben oder dies anstreben. Dazu zählen auch jene, die mit einer Fachausbildung oder Anstellung (die Aufstiegsmöglichkeiten bietet), beruflich und somit gesellschaftlich integriert sind.
- (c) Jene Roma, die Siedlungsbewohner blieben und die Hilfsarbeiterebene nicht überschritten. Es handelt sich um den Großteil der Roma, die weder ihre traditionellen Berufe und ihr herkömmliches Norm- und Wertesystem aufrechterhalten bzw.

modernisieren konnte, noch eine gesellschaftliche Integration finden konnte. Diese Gruppe kennzeichnet ein Prozeß der Adaptation von Verhaltensweisen und Wertvorstellungen, die eher sozialen Ursprungs sind.

Von der Marginalisierungs- bzw. Segregationstendenz sind die letztgenannten Roma betroffen. Die Arbeitskräftenachfrage in den sechziger Jahren führte zu ihrer Einbindung in die sozialistische Produktion, so dass Anfang der achtziger Jahre 85 Prozent der arbeitsfähigen Roma und 45 Prozent der Romnija in einem Arbeitsverhältnis standen.¹⁰³ Die Betrachtung der Einkommenshöhe und ihrer Arbeitsgebiete, sowie des Status, den sie einnahmen, verdeutlicht, dass sie lediglich die peripheren Nischen besetzen konnten. Auch der soziale Aufstieg war ihnen nicht wie anderen Bevölkerungsgruppen gegeben. In den siebziger Jahren kristallisierte sich heraus, dass trotz Arbeitsmöglichkeiten keine soziale Mobilität und damit verbunden keine Chance zum Ausbrechen aus den menschenunwürdigen Verhältnissen bestand.

Als sichtbares Ergebnis der segregativen Entwicklung auf dem staatlichen Arbeitsmarkt sind jene Arbeitsplätze entstanden, die ausschließlich von Roma besetzt waren und diejenigen, die für sie unerreichbar waren. Die typischen Arbeitsbereiche der Roma waren: Bergbau, Müllabfuhr, Straßenbau, Bauwesen, Baustoff- und Holzverarbeitungsindustrie. Hier zeichnete sich die Tendenz spezifischer Romabeschäftigungen ab. Es handelte sich um Tätigkeiten, die von den übrigen Arbeitern nicht verrichtet wurden; es waren physisch schwere und gesundheitsschädigende Arbeiten, bei schlechter Bezahlung und ohne Aufstiegsmöglichkeiten. In diesem Zusammenhang sollte nicht unerwähnt bleiben, dass heute die Lebenserwartung der Roma bei 56 Jahren liegt, dass sind 12 Jahre unter dem Landesdurchschnitt.¹⁰⁴

¹⁰³ Vgl. Csalog, Zsolt: Magyarországi cigányok szociális helyzete. In: Főiskolai Figyelő, Jg. IV/Nr.2/1993, S.189; Agoston Erzsébet: Hungary. The State of Crisis-Management in the Social Stratum of Unemployed Gypsies. Budapest 1994, S.2.

¹⁰⁴ Vgl. Pík, Katalin: A halál nem válogat. In: Phralipe, Nr.7/1991, S.8-9.

In den siebziger Jahren waren nur etwa 11% der Roma Facharbeiter, 10,2% halb-qualifizierte bzw. angelernte Arbeiter, 12,7% Landarbeiter (Teilzeitbeschäftigte) und 55,2% unqualifizierte Arbeiter.¹⁰⁵ Dies verdeutlicht eine Konzentration in den untersten Tätigkeitshierarchien. Das niedrige Einkommen und die unzureichende Schulbildung konservierten den niedrigen Lebensstandard, der trotz regelmäßiger Tätigkeit nicht verbessert werden konnte. Selbst in den achtziger Jahren ließ sich keine wesentliche Angleichung der Beschäftigungsstruktur der Roma an die Mehrheitsbevölkerung feststellen.¹⁰⁶ Der Großteil der Roma Bevölkerung etablierte sich in der untersten unterprivilegierten Schicht der ungarischen Gesellschaft. Da ihre Möglichkeiten zur sozialen Aufwärtsmobilität nach wie vor stark eingeschränkt sind,¹⁰⁷ werden sie auch weiterhin die folgenden Generationen der unterprivilegierten Schicht stellen.

Die ab Mitte der 80er Jahren sich verstärkende ökonomische Rezession betraf die Minderheitengruppen auf gleiche Weise wie die zu ähnlichen gesellschaftlichen Schichten gehörende ungarische Bevölkerung. Da der Großteil der Roma jedoch keine oder nur eine geringe Berufsausbildung besaß, hat sie die Wirtschaftskrise beim Übergang zur Marktwirtschaft besonders hart getroffen. Die als Hilfsarbeiter oder unqualifizierte Arbeitskräfte tätigen Roma waren im Zuge der ökonomischen Umstrukturierung die ersten, die ihre Arbeitsplätze verloren. 1993 lag die Arbeitslosenquote in ihren Reihen bei 50%, in einigen Regionen erreichte sie sogar 60, 70 oder 90%.¹⁰⁸ Im Konkurrenzkampf auf dem Arbeitsmarkt machte sich zudem die Beschäftigungsdiskriminierung bemerkbar. Und wenn man bedenkt, dass noch immer zu wenig

¹⁰⁵ Kemény István, a.a.O. (1976), Tabelle 291.

¹⁰⁶ Kolosi/Hg. (1986), S.265.

¹⁰⁷ Die wichtigsten Faktoren der sozialen Mobilität (kulturelle, finanzielle, regionale Mobilität und Berufsmobilität) sind bei den Roma zu schwach ausgeprägt.

¹⁰⁸ Vgl. Agoston, E. (1993), S.11f; Csalog, Zsolt (1993), S.190.

gesellschaftliche Institutionen darauf eingerichtet sind, die aus dem Arbeitsmarkt Herausgefallenen in einem sozialen Netz aufzufangen, dann wird die höchst prekäre Lage deutlich. Einerseits haben die seit 1989 arbeitslos gewordenen Hilfs- und Ausbilder nur sehr geringe Chancen, sich in den wandelnden Arbeitsmarkt zu integrieren, andererseits können sie auf keine ausreichende Sozial- oder Arbeitslosenunterstützung zurückgreifen.¹⁰⁹ Diese zwei Kriterien scheinen den weiteren sozialen Abstieg für einen Teil der Roma vorzuzeichnen und die Marginalisierung zu verstärken.

Aktuell leben 60% der Roma in wirtschaftlich unterentwickelten und strukturalarmen Regionen, unter äußerst schlechten Wohn- und Lebensbedingungen.¹¹⁰ In diesen Regionen ist die Arbeitslosenrate am höchsten. Diese Bedingungen lassen darauf schließen, dass zur Sicherung des Überlebens eine Migration in die Großstädte einsetzen wird. Die zunehmende Verarmung und Marginalisierung wird verstärkt gesellschaftliche Ausgrenzungsmechanismen nach sich ziehen, die sich auf sämtliche Lebensbereiche erstrecken werden. Im Hinblick auf die potentielle Gefahr von Konflikten, deren häufigste Grundursachen in der Armut oder der wirtschaftlichen Benachteiligung eines Teils der Bevölkerung liegen, sollten sozio-ökonomische und politische Handlungsstrategien nicht allzu lange auf sich warten lassen.

3.2. Bildungssegregation

Die Problematik der Schulbildung stellt eine mindestens so große, wenn nicht größere Schwierigkeit dar. „Aushilfsklassen“ bzw. „homogene Romaklassen“ wurden seit den sechziger Jahren parallel zu den normalen Grundschulklassen eingerichtet. Der Soziologe Csálg Zsolt verweist darauf, dass die Einweisung vieler Kinder in solche Aushilfsklassen oft nicht gerechtfertigt war,

¹⁰⁹ Vgl. Havas, Gábor (1992), S. 6-7.

¹¹⁰ Havas Gábor (1993), S. 196-199.

aber einem „ökonomischen“ Ziel diene: „(...) das in die Aushilfsklasse eingewiesene Kind konnte in der fünften Klasse (Alter 12 Jahre) bestenfalls lesen, womit der Hilfsarbeiternachwuchs für die Gesellschaft gesichert wurde.“¹¹¹

Selbst Anfang der 90er Jahre rechtfertigte die „spezielle pädagogische Lösung“ die Aufrechterhaltung und Weiterführung dieser Sonderbeschulung. In den homogenen Romaklassen sind hauptsächlich diejenigen Kinder vorzufinden, die aus den untersten sozialen Schichten stammen, während diejenigen Kinder, die aus den etablierten Roma Gemeinschaften oder integrierten Familien kommen, in gemischte Schulklassen eingewiesen werden.¹¹² Der Einrichtung von homogenen Romaklassen liegt jener „pädagogische Gesichtspunkt“ zugrunde, wonach die Institution Schule die „Ausgangsdifferenzen“ (also Benachteiligungen, die aus der kulturellen, sozialen und ethnischen Verschiedenheit herrühren) anerkennt und diese durch „spezielle Förderung“ beheben will. Dieser theoretische Anspruch erweist sich jedoch in der Praxis als illusorisch: Die Möglichkeit, in den „Aushilfsklassen“ die Ausgangsdifferenzen zu beheben und in eine „normale“ Klasse überzuwechseln, besteht nicht. Einerseits sind die Anforderungen in den Aushilfsklassen zu niedrig, um eine Chance zum Überwechseln zu erlangen, andererseits sind die Lehrer oft überlastet und auf die realen Belange der Roma Kinder, sowie ihre Ausgangsdifferenzen ungenügend vorbereitet. Die Klassen- und Unterrichtsausstattung ist zudem wesentlich ärmer und unzureichender als in den normalen Schulklassen. Den offensichtlichen Mißerfolg dieser Sonderbeschulung belegen die hohen Zahlen der ‚Klassenwiederholer‘ und die der ‚überalterten‘ Kinder, die ohne ausreichende Kenntnisse die Schule ver-

¹¹¹ Csálg Zsolt: A Szolnok megyei cigányok helyzete. In: Kemény István (1976), a.a.O., S. 116.

¹¹² Vgl. Csongor, Anna: Cigány osztályok Magyarországon. In: Phralipe, Nr. 10/1991, S. 11-12.

lassen. Die Wissenschaftlerin Csongor Anna, die eine landesweit angelegte Studie zur Situation in den „Aushilfsklassen“ durchgeführt hat, stellte fest, dass „die Einweisung in Romaklassen eine anhaltende Segregation bedeutet“.¹¹³

In zunehmendem Maße setzte die ungarische Schulverwaltung bei der Einschulung von Roma Kindern die zu beobachtende Rückständigkeit mit „verstandesmäßiger Unzulänglichkeit“ gleich. Die Gründe für diese Rückständigkeit, wie Sprachschwierigkeiten (bei Kindern mit Romanes als Muttersprache) oder sozio-kulturelle Benachteiligungen, blieben dabei vollkommen ohne Beachtung. Unter Berufung auf diese „verstandesmäßige Unzulänglichkeit“ wurde ein großer Prozentsatz der Roma Kinder in die für geistig Behinderte geschaffenen heilpädagogischen Sonderschulen eingewiesen:

1974/75 waren 24% der Schulkinder in den heilpädagogischen Sonderschulen Romakinder, 1977/78 waren es 29%, 1982/83 30,2%¹¹⁴ und 1990/91 bereits 37%.¹¹⁵ Die hier eingeschulten Kinder haben keine Chance, die achtjährige Pflichtschule zu beenden, denn die hier absolvierten acht Klassen entsprechen nur sechs Klassen der Regelschule und eine Weiterbildung ist mit diesem Abschluß praktisch ausgeschlossen.

Die fatale Unzulänglichkeit liegt in der Tatsache, dass die Roma Kinder (aber auch ungarische Kinder, die aus sozio-kulturell unterprivilegiertem Elternhaus kommen), die nicht geistig behindert sind, diese Sonderschulen „unterentwickelt“, also benachteiligt verlassen. Eine Untersuchung der „Pädagogischen Forschungs-

¹¹³ Ebd., S.14-15.

¹¹⁴ Vgl. Pók Katalin: Szükségünk van-e a cigánygyerekeknek speciális nevelésére? In: Budapest (Wochenzeitschrift), Nr.12/1981, S.28 und Bárony János: A cigányság útjai. In: Ifjúsági Szemle, Nr.3/1983, S.59.

¹¹⁵ Vgl. Education of Ethnic Gypsies in Hungary. Budapest 1994, S.3. (Paper presented at the „Human Dimension Seminar on Roma in the CSCE Region“, Warsaw, 20.-23.9.1994).

gruppe der Ungarischen Wissenschaftsakademie im Auftrag des Volksbildungsinstituts“ (Magyar Tudományos Akadémia Pedagógiai Kutató Csoport - a Népművelési Intézet megbízásából), zeigte auf, dass ein beträchtlicher Teil der hier eingewiesenen Kinder diese Einschulung hätte umgehen können, wenn sie beispielsweise eine vorschulische Erziehung genossen hätten. Aber gerade der Kindergarten-Zugang ist für Roma eng bemessen: Einerseits versperrten feste Vorurteilsbarrieren vielerorts den Kindern diesen Zugang. Andererseits gibt es in vielen, mehrheitlich von Roma bewohnten Gemeinden, keine Kindergärten. Zahlreichen Roma Familien der untersten sozialen Schicht erscheint zudem die Bedeutung der institutionellen Erziehung irrelevant im Vergleich zu den existentiellen Schwierigkeiten, das heißt im Vergleich zum alltäglichen Überlebenskampf. 1979 lag die Quote der in Kindergärten bzw. Kinderkrippen erzogenen Roma Kinder bei 20-30% (der Landesdurchschnitt lag damals bei 84%). Seit 1990 ist diesbezüglich eine enorme Abnahme derjenigen Kinder, die einen Kindergarten besuchen.¹¹⁶

Die Sonderbeschulung kann kaum eine Verbesserung der Schul- und Ausbildungssituation der Roma mit sich bringen, solange nicht die Wurzeln der Benachteiligung in Betracht gezogen werden und adäquate, reale Lösungsmöglichkeiten zur Behebung der Benachteiligung angewandt werden. Die institutionelle Diskriminierung in Form von Sonderbeschulungsmaßnahmen verschärft zusätzlich ihre marginalisierte Lage und verfestigt ihre Situation als Sondergruppe.

Die katastrophale Grundschulausbildung erklärt zwangsläufig die niedrige Schülerzahl an den Oberschulen, wie auch an den Hochschulen. Im Schuljahr 1993/94 waren insgesamt 4876 Roma

¹¹⁶ Vgl. Education of Ethnic Gypsies in Hungary. Budapest 1994, Anhang / Tabelle Nr.2 und Nr.9.

Schüler an Oberschulen vorzufinden.¹¹⁷

Da vorläufig die größten Probleme in der Kindergartenerziehung, sowie in der Grundschulausbildung von Roma Kindern liegen, müßte die Ausbildung von Kindergärtnerinnen und Lehrerinnen prioritär gefördert werden, bzw. die bessere und spezifische Vorbereitung von Lehrern, die Roma Kinder unterrichten sollen. Ohne positive Änderungen in diesen Grundstufen wird sich an der allgemein bestehenden Chancenungleichheit wenig ändern können.

4. Minderheitengesetz / Antidiskriminierungsgesetz

Im Jahre 1993 wurde das Gesetz über die Minderheiten verabschiedet (Gesetz Nr. LXXVII/1993 über die Rechte der nationalen und ethnischen Minderheiten). Ein Antidiskriminierungsgesetz gibt es noch nicht. Über die Notwendigkeit eines solchen einheitlichen Gesetzes wurde in Fachkreisen diskutiert, aber die jeweiligen Regierungen verweigerten die Realisierung. Das Büro für Rechtsschutz nationaler und ethnischer Minderheiten reichte gemeinsam mit anderen Organisationen eine Eingabe an das Verfassungsgericht: Erwartet wurde das Zugeständnis, dass die Weigerung, ein Antidiskriminierungsgesetz zu verabschieden, eine Verletzung der Verfassung darstellt. Das Verfassungsgericht hat in seiner Entscheidung zu Beginn des Jahres 2001 keine Unterlassung festgestellt. Jedoch hat es in seinem Beschluss über die Ablehnung der Eingabe dargelegt, dass dies nicht bedeutet, dass die zur Verfügung stehenden Rechtsnormen gegen jede Diskriminierung einen vollen Schutz gewähren würden. Das heißt, aus der Ablehnung darf nicht gefolgert werden, dass die aktuellen Regelungen ausreichen würden und es keine Defizite gäbe.

Die verschiedenen Diskriminierungsformen sind in den Jahres-

heften des Instituts für nationale und ethnische Minderheiten (Nemzetiségi és Etnikai Kisebbségi Intézet) detailliert beschrieben und anhand von Fallbeispielen aufgeführt.¹¹⁸ Es sei noch erwähnt, dass sich für die Belange der Roma in Ungarn bereits seit den siebziger Jahren zahlreiche Wissenschaftler (Soziologen, Pädagogen, Juristen) engagieren, die in unzähligen Forschungsarbeiten und Veröffentlichungen den verbreiteten Vorurteilen entgegenzuwirken versuchen.¹¹⁹ Seit 1990 ist eine enge Kooperation zwischen Wissenschaftlern und Roma Organisationen entstanden, deren Ziel die Suche und Umsetzung geeigneter Handlungsstrategien ist.

5. Spezielle Programme zur Integration der Romabevölkerung

Man muss grundsätzlich wissen, dass zwar die jeweiligen Regierungen immer etwas für die Lösung der Probleme getan haben – einige mit gar nicht so wenig Geld – aber gleichzeitig hat keine einzige Regierung den Problemen ins Auge gesehen, vor allem nicht tief genug.

Seit Jahrzehnten wurde kein einheitliches Programm fertiggestellt, das sich auf alle Teile der Probleme bezieht und vor allem gleichzeitig realisiert werden sollte. Und was mindestens so notwendig ist: Es fehlt auch ein mit großer finanzieller Förderung umzusetzendes komplexes Programm.

Das mittelfristige Maßnahmenpaket aus dem Jahre 1999 zur Verbesserung der Lebensumstände und der gesellschaftlichen Situation der Roma Bevölkerung kann auch als ein spezifisches Problem betrachtet werden. Aber auch vorher, im Jahre 1995

¹¹⁸ www.neki.hu (á fehér füzetek)

¹¹⁹ Siehe hierzu die Publikationen von Kemény István, Csalog Zsolt, Solt Ottília, Reger Zita, Tauber István, Pók Katalin, Havas Gábor, Lengyel Gabriella, Furmann Imre.

¹¹⁷ Ebd., S.3-4.

hatte die damalige Regierung ein solches Programm verabschiedet. Die Implementierung der Programme erreicht jedoch noch nicht die gewünschte Wirkung. Die Programme beziehen sich auf die Bereiche der Bildung, der Beschäftigung, den sozialen Bereich, das Gesundheitswesen, die Wohnungsfrage und sie widmen sich auch der Frage der Antidiskriminierung.

Die staatliche Finanzierung der zivilen Organisationen ist eine ambivalente Angelegenheit. Sie werden zum Teil durch die Öffentliche Stiftung für die Roma im Ungarn, zum Teil durch den Menschenrechtsausschuss des Parlaments, andererseits durch die Wege der Ausschreibungen verschiedener Ministerien vorgenommen.

Einerseits reichen die Beträge für die normale Arbeit nicht aus, andererseits fehlt die Transparenz hinsichtlich der Frage, wer, wann und auf welche Weise eine Förderung erhalten kann. Ein Beispiel: Um vollständig im Bilde zu sein, müsste in einer kleinen zivilen Organisation (mit vier bis fünf Mitarbeitern) ein Mitarbeiter ständig die Ausschreibungen verfolgen und die Fördermöglichkeiten eruieren. Darüber hinaus stellt der niedrige Betrag der gewährten Förderungen ein Problem dar. Das Jahresbudget des Büros der Nationalen und Ethnischen Minderheiten beträgt beispielsweise 10-15 Millionen HUF (75 000 - 110 000 DM), ohne die Sonderprogramme. Bis dato gewährte der Staat dem Büro jedes Jahr über die Öffentliche Stiftung für die Roma in Ungarn 1,5 Millionen HUF. Das Büro zahlt aus ausgeschriebenen Projekten von ausländischen Stiftungen, insbesondere der Soros Stiftung, um die 6 Millionen HUF an den ungarischen Staat in Form von Einkommenssteuern und Sozialversicherungsabgaben für die Mitarbeiter. Die Mehrheit der als bedeutend zu bezeichnenden zivilen Organisationen sind nur durch ausländische Finanzierung existenzfähig ist (Helsinki Komitee, Stiftung für Bürgerrechte der Roma, Büro der Nationalen und Ethnischen Minderheiten usw.).

Die Regierung hat beispielsweise auch im Jahr 2000 für den Rechtsschutz etwa 10-15 Millionen HUF über die Öffentliche Stiftung vorgesehen. Unter Berücksichtigung der großen Zahl von Rechtsschutzorganisationen lässt dieser Betrag das Problem erkennbar werden.

Es existieren spezifische Programme, wie z.B. Stipendien für Roma-Jugendliche. Einige ungarische und ausländische Stiftungen („Lungo Drom“ und „Kalyi Jag-Stiftung“; „Gandhi-Stiftung“, sowie die „Soros Rroma Foundation“) bemühen sich um die Bildung einer Elite. Zwar gibt es unter den Roma bereits zahlreiche Künstler, Musiker, Dichter, Schauspieler, aber kaum Lehrer, Ärzte, Juristen, Ökonomen oder Ingenieure. Hierzu wurden bereits einige Privatschulen errichtet: Die Stiftung „Lungo Drom“ und „Kalyi Jag“ fördert in Fachschulen die Ausbildung von Sozialarbeitern. Die „Gandhi-Stiftung“ eröffnete im Februar 1994 das erste „Roma-Gymnasium“ in Pécs, mit 55 Schülern und Schülerinnen (hauptsächlich Angehörige der Beasch Gruppe) aus den Dörfern und Kleinstädten Süd- und Südwestungarns, die in einem Internat untergebracht werden. Das Hauptziel der „Gandhi-Stiftung“ ist die Anregung der Jugendlichen zum Studium. Die „Soros Rroma Foundation“ hat seit 1993 mehrere bildungs- und kulturpolitische Ausschreibungen betätigt und dementsprechende Projekte finanziert. Zwar erreichen diese Initiativen vorerst nur eine eng umrissene Klientel, doch sie können als ‚Vorzeigebispiele‘ die gesellschaftliche Akzeptanz und Anerkennung von Roma-Leistungen herbeiführen und stärken.

6. Vertretung der Roma im Parlament, in der Regierung und in der Kommunalverwaltung

Im Parlament haben weder die Roma noch die anderen Minderheiten eine Repräsentanz. Die parlamentarische Vertretung der Minderheiten ist bis heute ein nicht gelöstes Problem.

Soviel wir wissen, sitzt im Parlament zur Zeit kein Abgeordneter mit Roma-Herkunft. In der ersten Wahlperiode zwischen 1990 und 1994 kam auf der Liste der Freien Demokraten Aladár Horváth ins Parlament, der zur Zeit Vorsitzender der Stiftung für Bürgerrechte der Roma ist. Später hat der Kunstmaler Tamás Péli ein Mandat in den Reihen der Sozialistischen Partei erhalten, nachdem eins inmitten der Wahlperiode frei wurde. Und Antónia Hága hatte ein Mandat bei den Freien Demokraten. Unserer Ansicht nach ist in der Regierung kein Mitglied (Minister, Staatssekretär, etc.) mit Roma Herkunft. In den Regierungsbehörden (Amt für Nationale und Ethnische Minderheiten) oder in den verschiedenen Ministerien sind Roma tätig, so z.B. im Bildungsministerium als Abteilungsleiter. Roma Abgeordnete sind in den kommunalen Selbstverwaltungen. Zwar in einem niedrigen Anteil, aber Roma sind in einigen Gemeinden Bürgermeister, Vize-Bürgermeister und Gemeinderäte. In einigen Gemeinden im Komitat Borsod-Abaúj-Zemplén und Baranya stellen die Roma die Mehrheitsbevölkerung (wie z.B. Gilvánfa oder Kiscséc) und dort stellen die Roma den Bürgermeister, andere sind Gemeinderäte. Es gibt auch Gemeinden mit einem niedrigeren Roma Anteil, wo ein Rom Bürgermeister ist oder wo ein Teil des Gemeinderates aus Roma besteht. Aber in diesen Fällen nehmen sie nicht als Minderheitenabgeordnete an der Arbeit des Gemeinderates teil.

Die im Jahre 1994 entstandenen und seitdem tätigen Minderheiten-Selbstverwaltungen stellen besondere Gremien des ungarischen Systems der öffentlichen Verwaltungen dar. Sie verfügen über keine hoheitlichen Kompetenzen, können jedoch in den Bereichen der Interessenvertretung, der Bildung und der Kultur der Minderheiten vor Ort eine Rolle spielen. Seit ihrer Bildung werden die Tätigkeiten und Kompetenzen der Minderheitenselbstverwaltungen modifiziert. Ein Dilemma besteht darin, dass wegen der vielfach benachteiligten Situation der Roma ein

spezifischeres Herangehen erforderlich wäre, und dieses getrennt von den eventuellen Problemen der anderen Minderheiten gehandhabt werden müsste.

7. Die Medienberichterstattung

Ein Großteil der Medien in Ungarn widmet sich ausgewogen der Situation der Roma. Es gibt aber auch Zeitungen, in erster Linie mit rechten Ansichten, von denen dies nicht behauptet werden kann. Gleichzeitig wird deutlich, dass sowohl für die sympathisierenden als auch für die ablehnenden Foren der Öffentlichkeit der oberflächliche Umgang mit diesem Themenbereich typisch ist. Nur wenige Reportagen gehen den Inhalten auf den Grund und die elektronischen Medien kennzeichnen sich eher durch die Sensationshascherei im negativen Sinn aus.

Die Roma verfügen über eigene Zeitungen und Zeitschriften. Einmal in der Woche findet eine halbstündige Sendung im öffentlich-rechtlichen Rundfunk statt, und auch im Fernsehen gibt es eine Sendung in dieser Länge. Ein Novum stellt das „Radio C“ dar, das von Roma gestaltet und rund um die Uhr gesendet wird. Das Programm kann bislang nur in Budapest empfangen werden.

Die öffentlich-rechtlichen Fernsehanstalten behandeln das Thema der Roma eher feindlich, nicht selten kommt eine ablehnende Haltung auch in den Nachrichtensendungen durch. In ihren Programmen sind nur wenig Sendungen, die sich ernsthaft mit der Thematik beschäftigen. Ende Juli 1994 strahlte das Ungarische Fernsehen einen mehrstündigen Themenabend aus, welcher der Situation der Roma gewidmet war, und historische wie auch gegenwartsbezogene Themen behandelte und damit für Toleranz und Verständigung plädierte. Sowohl bei den öffentlich-rechtlichen als auch bei den privaten Fernsehsendern gibt es ab und zu Ansager oder Ansagerinnen mit Roma Herkunft, insgesamt vielleicht drei bis vier.

Besonders hervorzuheben ist das Roma Pressezentrum, das die Nachrichten mit Roma-Bezug aus erster Hand liefert und dessen Roma-Journalisten regelmäßig Reportagen machen und Artikel in den landesweiten Zeitungen veröffentlichen.